

Arbeiter-Zeitung

Wählt Delegierte zur internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz am 29. Januar

Versteht täglich 4 Pf. + Botenlohn = 2,20 Pf. monatlich 2,15 Pf. + sechsbaltige Willems-Sammlungsbillette 8 Pf. metergültig oder deren Äquivalent. — Annahmestellen in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“ Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Keesbiter Straße 50. Fernsprecher 43002. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Keesbiter Straße 50 (Kintierhaus). Fernsprecher 43002. Erscheinung der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsort: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Keesbiter Straße 50. Fernsprecher 43002.

Proleten, greift nicht zum Streik, sondern zur Waffe des Streiks!

Gegen Lohnraub, für die Zurückeroberung der alten Löhne / Hungerlohn treibt jungen Arbeiter in den Tod / Zwanzigjähriger Steinarbeiter erhängt sich, weil er das Kostgeld nicht mehr aufbringen kann!

Ströbel 1. Schl., 3. Januar. Die Telegraphen-Union bringt folgende Meldung: Der auf der Weberlehre tätige 20 Jahre alte Steinarbeiter Hermann Meirich aus Ströbel, sorgte sich von einem Arbeitskameraden ein Stück Schnur und hängte sich auf. Es konnte noch nicht geklärt werden, was den jungen Menschen zu dem Tod getrieben hat.
Der wahre Grund, der den zwanzigjährigen Steinarbeiter zu dem Tod führte, ist uns bekannt. Schuld daran trägt einzig und allein die Elendslage des Arbeiters, der in der vergangenen Woche insgesamt 3 Mark verdient hatte. Dieser junge Arbeiter konnte bei diesem Hungerlohn das Kostgeld nicht mehr aufbringen. Als Meirich am Donnerstag nach der Abnahme der Arbeit feststellt hatte, daß er wieder nicht mehr an Lohn erhalten werde, hatte er schon seinen Arbeitskollegen gegenüber geäußert, daß er sich lieber aufhänge, als langsam zu verhungern. Dieses junge Arbeiterleben haben die kapitalistischen Ausbeuter auf dem Gewissen, die fortgesetzt die Hungerlöhne kürzen. Der „Ausweg“, den der Steinarbeiter Meirich gewählt hatte, ist kein Ausweg für das Proletariat aus Not und Elend. Gegen Hunger und Lohnraub muß die Arbeiterklasse, auch die Steinarbeiter von Ströbel, in roter Einheitsfront kämpfen, um sich ein größeres Stück Brot zu sichern. Auch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist mitschuldig an dem Tod des Arbeiters, weil sie es war, die dem

Unternehmer fortgesetzten Lohnabbau ermöglichte. Wir erinnern die Steinarbeiter von Ströbel an die Haltung des Gewerkschaftssekretärs Se nft in der letzten Versammlung, wo S. gegen jede Form des Kampfes auftrat. Auch der Vorsitzende der hiesigen Zählstelle des Steinarbeiterverbandes, Spielmann, war es, der dem Unternehmer Mitteldienste leistete. Er hatte sich als erster bei der Firma angeboten, bei untertariflichem Lohn zu arbeiten.
Steinarbeiter von Ströbel! Jetzt will man eine neue Sorte Steine herstellen lassen. Den Lohn, welchen man euch für Herstellung dieser Steine geben will, soll noch viel geringer sein, als der jetzt verdiente Lohn. Diese Tatsache muß euch veranlassen, sofort den Kampf zu organisieren. Haltet sofort Betriebsversammlungen ab und wählt euch einen Kampfausschuß. Nur unter eurer eigenen Führung wird es euch möglich sein, jeden neuen Angriff des Unternehmers siegreich abzuwehren.
Die bevorstehende Ortsverwaltungs- und Betriebsrätemahl muß zur Stärkung der revolutionären Position in der Gewerkschaft und im Betriebe benutzt werden. Gegen die sozialdemokratische Verratspolitik gilt es im Betriebe eine Einheitsliste zur Wahl zu stellen. Der Tod des Arbeiters Meirich muß die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen mit veranlassen, in gemeinsamer Kampffront gegen Lohnraub, Hunger und Frost, für die Zurückeroberung der geraubten Löhne an Unterstützungen zu führen.

Aus dem „Dritten Reich“ Pilsudskis Das Wüten der Strafexpeditionen in Westweißrußland

Von R. Norck.
Der zunehmende Landhunger, die Boden- und Steuerpolitik der Befehlshaber, und in ihrem Gefolge die Vertreibung der Bauern von ihrer Scholle und die Zwangsversteigerung ihres Inventars haben im Zusammenhang mit der ungeheuren Agrarkrise den Ruin und die Verelendung der Hauptmassen im Dorfe beschleunigt. Ausbeutungsformen seitens der Großgrundbesitzer und Großbauern, die an die Zeit der Leibeigenschaft erinnern, ersetzen von neuem. Hunger droht dem weißrussischen Dorfe. Sogar die Regierungspresse muß dies zugeben. Das in Warschau erscheinende monarchistische Agrarierblatt „Słowo“ sieht sich z. B. zu der Feststellung genötigt:
„Der Ertrag der Bauernwirtschaften ist um 40 Prozent zurückgegangen. Ein rascher Niedergang der Landwirtschaft hat begonnen. In einigen Gebieten Westweißrußlands und der Westukraine ist der Viehbestand fast ausgebrochen. Die Dörfer in Westweißrußland und in der Westukraine haben überhaupt keinen Viehbestand mehr. Trotzdem werden die Steuern und Schulden mit Zwangsmassnahmen eingetrieben. Es gibt Landkreise, wo die Verschuldung pro Morgen durchschnittlich 1030 Floty beträgt.“
Diese wirklich verwerfliche Lage der Massen wird noch verschlimmert durch die nationale Unterdrückung, die immer rücksichtslosere Formen annimmt, durch die Schließung weißrussischer Schulen und Zeitungen, durch die Verfolgung der nationalen Freiheitsorganisationen und Kultureinrichtungen. Die erst vor kurzem erfolgte Verurteilung des Führers der weißrussischen Massenorganisation „Promada“, B. Taraschewitsch, zu acht Jahren Zuchthaus wegen seiner Tätigkeit in der nationalen Freiheitsbewegung und die Zerstörung dieser, hunderttausend Mitglieder zählenden Organisation ist ein eindeutiges Zeichen des Wütens der Befehlshaber.

Gewaltige Bauernkämpfe in Oesterreich

Durch Massendemonstrationen Freilassung verhafteter Bauern erzwungen

Wien, 3. Januar. (Sig. Drahtbericht.) In der österreichischen Provinz Steiermark sind gewaltige Bauernkämpfe, insbesondere in der Gegend der Stadt Vorau ausgebrochen. Seit einigen Tagen wurden in diesem Städtchen große Bauerndemonstrationen gegen die Zwangsversteigerung und unentgeltliche staatliche Aushilfe durchgeführt. Anlässlich einer solchen Versteigerung kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den kämpfenden Kleinbauern und den Ortsbehörden, wobei der Bürgermeister und der Gerichtsvollzieher blutig geschlagen wurden. Die Gendarmerie verhaftete daraufhin vier Bauern und brachte diese nach Graz ins Gefängnis.
Diese Verhaftungen reizten die Empörung der Bauern bis zur Siebelspitze. In allen Dörfern und kleinen Städten sammelten sich am 1. und 2. Januar die Bauern zum Marsch auf Graz, um die Verhafteten zu befreien. Die ganze Provinz befand sich in diesen Tagen im Kriegszustand. Die Regierung hatte die ganze Gendarmerie mobilisiert und eine Kompanie Alpenjäger zusammengezogen. Vor dem Rathaus in Vorau wurden vier Maschinengewehre auf-

gestellt. Die Gendarmerie wurde überall von der Bevölkerung, insbesondere von den Bauernfrauen, mit Empörung empfangen. An die Soldaten appelliert die Bevölkerung, nicht auf ihre Brüder zu schießen, die ja nur ihre Lebenssicherheit verteidigen.
In Vorau kam es gestern zu einer gewaltigen Massendemonstration. Unter dem Druck der kämpfenden Bauern verhandelten die Regierungsvertreter mit einer Delegation von 25 Bauernführern. Die sofortige Freilassung der Verhafteten wurde abgelehnt. Daraufhin rüsteten sich die Bauern zum Sturm auf das Rathaus. Jetzt wurden die Maschinengewehre auf die Stürmenden in Anschlag gebracht. Als nun ein blutiger Zusammenstoß unvermeidlich erschien, traf eine Depesche ein, daß die vier Verhafteten unter dem Druck des Aufmarsches freigelassen worden seien.
Bezeichnend ist, daß die Führer der bisherigen Bauernpartei Christlich-sozialer und Heimwehler niedergeschrien wurden, während die kommunistischen Redner fürmtlichen Beifall empfingen.

Nazis morden Nazis

Meutereien und Austritte nehmen ständig zu

Berlin, 3. Januar. (Sig. Drahtbericht.) Aus dem ganzen Reich mehren sich die Meldungen über blutige Auseinandersetzungen innerhalb der SA.
In Dresden erhält der SA-Mann Urban, ein Freund des ermordeten SA-Mannes Bentisch, ständig Drohbriefe von Seiten der SA. In Magdeburg schossen zwei SA-Leute den Redakteur des Magdeburger Naziblattes nieder. Der Redakteur wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. In der Neujahrnacht kam es in zahlreichen SA-Ortsgruppen zwischen SA-Leuten zu schweren Schlägereien. Einer der verletzten Nazis ist bereits im Krankenhaus gestorben.

Die blutigen Auseinandersetzungen innerhalb der SA sind die eine Seite der fortschreitenden Zersetzung bei den braunen Worbänden. Auf der anderen Seite nehmen die Meutereien und Austritte ständig zu. In einem Sturmabteilungsbefehl hat die Naziführung jetzt die Meutereien in Kassel zugegeben und zwei Kasserer SA-Stürme aufgelöst.
In Meissen ist der gesamte SA-Sturm in Stärke von 51 Mann aus der braunen Worbande ausgetreten. Auch bei der Dortmunder SA herrscht schwere Meuterei. Bei den Auseinandersetzungen ist ein SA-Mann tödlich erschlagen worden.

Unter diesen Verhältnissen dehnt sich der Kampf der Volksmassen Westweißrußlands gegen die polnische Okkupation, der Kampf der Bauernschaft für Land ohne Entschädigung, gegen das Joch der Großgrundbesitzer, gegen ihre Ausplünderung durch die Steuern und gegen die leibeigenschaftliche Ausbeutung immer mehr aus, erreicht eine höhere Stufe, entwickelt sich von zersplitterten Aktionen zu Großkämpfen, die ganze Bezirke erfassen, wobei sich diese Kämpfe zum bewaffneten Widerstand gegen die faschistische Polizei aufziehen. In einigen Landesteilen, so in verschiedenen Bezirken des Polesie, entsteht spontan die Partisanenbewegung. In Westweißrußland reißt die Agrarrevolution beschleunigt heran, stehen örtlich begrenzte Bauernaussände und nationale Aufstände bevor.
Die faschistischen Befehlshaber wollen die wachsende revolutionäre Bewegung im Blut erstickten. Sondergerichte, Galgen, Massenverhaftungen und Folterungen in den Kasernmatten der Ostfront, wie auch Strafexpeditionen sind an der Tagesordnung. Diese Blutmethoden der faschistischen Diktatur sollen Westweißrußland und die Westukraine „befrieden“, um die Rückenbedeckung für einen Raubkrieg gegen die Sowjetunion zu sichern.
Noch ist die „Befriedung“ Polshniens und des Polesie mit Feuer und Schwert nicht beendet, noch ist der Bezirk Kamenj-Polschira durch militärische Korps und Drahtverbände von der Außenwelt abgesperrt, damit kein Fremdling in dieses Gebiet eindringt und über die Greuelthaten der Strafexpeditionen berichten kann, und schon erfährt eine neue Welle von solchen Strafexpeditionen alle Gebiete Westweißrußlands.
Aus dem Bezirk Kamenj-Polschira werden die für die Strafexpeditionen aufgetriebenen Truppen in die benachbarten Polesie-Bezirke Janowski und Lubaschew überführt. Die Bauern sind aufgefordert worden, die Waffen abzuliefern, wenn sie nicht eine Wiederholung der Greuelthaten im Bezirk Kamenj-Polschira erleben wollen. Massenverhaftungen und Hausdurchsuchungen, öffentliche Auspeitschung und Vernichtung des Eigentums der Bauern sind eine allgemeine Erscheinung.
Im Bezirk Domatschew, wo am 7. November die Fünfundzwanzigjahrfeier der Oktoberrevolution durch eine Massendemonstration der

Morgen alles heraus zur Massenkundgebung

Alle Ausgebeuteten marschieren am **Mittwoch, 17 Uhr, auf den Platz der Republik** Betriebe und Stempelstellen, beteiligt euch geschlossen an der Demonstration!

Drei Delegierte zur internationalen Konferenz gewählt

Darunter ein SPD-Arbeiter und ein Kreisführer des Reichsbanners — Steigert die Kampagne gegen imperialistischen Krieg und Versailles, für nationale und soziale Befreiung!

Groß-Wartenberg, 2. Januar. Das Manifest „Zerreißt die Grenzen, schließt die Fronten“ und die Aufforderung zur Wahl von Delegierten zur internationalen Konferenz gegen imperialistische Kriegesgefahr, gegen Nationalismus und Chauvinismus, für die nationale und soziale Befreiung hat in den schlesischen Grenzgebieten seinen Niederschlag gefunden. In einer vor einigen Tagen abgehaltenen Versammlung wurden zwei Delegierte zu der am 29. Januar stattfindenden internationalen Konferenz gewählt. Ein Delegierter ist Kleinbauer und politisch in der Sozialdemokratie organisiert.

Militisch, 2. Januar. Auch in der in Militisch stattgefundenen Versammlung wurde ein Delegierter zur internationalen Konferenz gewählt. In dieser Versammlung haben sieben sozialdemokratische und freigeberische Arbeiter teilgenommen. Der gewählte Dele-

gierter ist der Kreisführer des Reichsbanners, der sich verpflichtet, alles zu tun, um die werktätige Bevölkerung für den proletarischen Internationalismus zu gewinnen.

Die Kampagne zur Mobilisierung auch des schlesischen Proletariats zum gemeinsamen brüderlichen internationalen Kampf mit den polnischen Klassenbrüdern muß jetzt überall in Fluß kommen. Die Wahl dieser drei Delegierten, darunter des Kreisführers des Reichsbanners, zeigt uns, daß auch die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter bereit sind, im Zeichen des proletarischen Internationalismus zu kämpfen. Diese Tatsache muß uns Kommunisten nun erst recht veranlassen, mit noch viel stärkerem revolutionären Elan an die Mobilisierung des schlesischen Proletariats heranzugehen. Unter den Losungen: „Nieder mit der nationalkaiserlichen Verhöhnung! Nieder mit neuen Kriegen! Nieder mit Versailles!“ gilt es die Arbeiterklasse in machtvollen Massenaktionen zu führen.

Kundgebung unter roten Fahnen, mit dem Gesang der „Internationalen“.

Am 5. Dezember trafen in dem genannten Dorfe 50 Polizeibeamte ein, die wahllos Greise, Frauen und Kinder, alles verprügelten, was ihnen unter die Hände kam. Zehn Frauen und fünfzehn Männer wurden verhaftet und im Polizeigewahrsam mißhandelt. Acht Gefangene wurden in das Grodnosche Gefängnis eingeliefert. Die Strafexpedition erstreckte sich gleichzeitig auf die Dörfer Hlisko, Krasowka, Lipowka, Seredenki, Dolatowitsch, Doroschewitsch und den Gutshof Kruglsan.

Am 6. Dezember versammelten sich in Jndur rund 500 Bauern. Ein Bauer hielt eine Ansprache und forderte auf zum Kampf gegen die Strafexpeditionen, für die Befreiung der Verhafteten. Das Meeting schloß mit einer Demonstration vor dem Polizeirevier. In demselben Tag wurden von neuem Strafexpeditionen gelangt, und zwar in die Dörfer Simki, Suha-Dolina, Lascha, Mitschaj, Kogalsch, Saruhitsch usw.

Der Kampf gegen den Terror der Strafexpeditionen in den Bezirken Jndur und Mitschaj dauert an. Die Empörung der Massen wächst. Die Bauern organisieren sich. Massenversammlungen finden statt, die Kampfausschüsse und Komitees zur Unterstützung der Opfer und der Verhafteten wählen.

Die vorstehenden Tatsachen sind nur ein Ausschnitt, um eine Vorstellung von den Blutmethoden zu vermitteln, mit denen Westweißrußland okkupiert wird. Ueber die Stimmung der Massen und die

Ergebnisse der „Befriedung“ der Westukraine und Westweißrußlands unterrichtet das Wlener Organ der faschistischen Jugendorganisation. In diesem Blatt heißt es u. a.:

Man hört schon nicht mehr die Bauern ihre monotonen ukrainischen Weisen singen. Bei Hochzeitsgelagen (jetzt schon ohne Beteiligung der Kirche), bei Tausen und sonstigen Feiern hört man das Lied von Judjonny, hört man den Marsch der Jungkommunisten, Lieber von der Luftflotte der Sowjetunion. Überall gärt es. Die Wälder sind voll von Bänden mit Maschinengewehren. Das ausgebotene Militär hat diese Bänder geschlagen. Verhaftungen sind vorgenommen worden. Im Kreise Kowel sind ganze Dörfer wie ausgeföhren. Nur Kinder und Greise sind zurückgeblieben. Die Gefängnisse sind überfüllt.

In den Gärten der Bauern Westweißrußlands werden an den langen Winterabenden Gerichte verbreitet. Man erzählt sich von dem kommenden Paradies unter dem neuen Regime. Man liest ganze Stöße illegaler Literatur und bereitet die kurzen Filmen vor.

Der Mutterterror herrscht in den Okkupationsgebieten des polnischen Imperialismus, in Westweißrußland und in der Westukraine. Strafexpeditionen werden von einem Kreis in den anderen gemorser. Jeder neue Tag bringt Berichte über Feldgerichte und Todesurteile. Der Wald der Galgen wächst. Das internationale Proletariat muß sein gewichtiges Wort des Protestes gegen das verheerende Bösen des polnischen Faschismus in den okkupierten Gebieten sprechen.

Zwei Betriebsräte wahlen — zweimal Nazis geschlagen

Vormarsch der Einheitsliste in Rheinmetallwert — Doch Mahnung zum Einfluß aller Kräfte!

In den Rheinmetall-Werten in Sommerda (Thüringen) fand am 30. Dezember die Betriebsratswahl statt. Das Ergebnis ist folgendes: (In Klammern die Ziffern der Betriebsratswahl Ende 1931.)

Parteizugehörigkeit	Stimmen	Prozent
Einheitsliste	342	(168)
SPD-Liste	459	(384)
Syndikalistin	260	(322)
Christliche Liste	56	(72)
Nazis	97	

Die Belegschaft ist gegenüber dem Vorjahr von 1150 auf rund 1500 erhöht worden.

Der prozentuale Stimmenanteil ist folgender: Rote Einheitsliste: jetzt 28,11 Prozent, früher 17,75 Prozent, Reformisten: jetzt 37,80 Prozent, früher 40,55 Prozent, Syndikalistin: jetzt 21,40 Prozent, früher 31,01 Prozent, Christen: jetzt 4,06 Prozent, früher 7,02 Prozent, Nazis 7,09 Prozent.

Auch in der Zuckerfabrik Löss u. Melcher in Herdingen (Rheinland) fand in den letzten Tagen des Jahres 1932 die Betriebsratswahl statt. SPD und Christen mußten auf die Aufstellung von Listen verzichten, und zwar wegen ihrer Schwäche. So fanden sich eine Ein-

heitsliste des Kampfes einer Nazi-Liste gegenüber. Die Einheitsliste erhielt 168 Stimmen, die Nazi-Liste nur 63 Stimmen.

Diese zwei Wahlergebnisse sind gleichzeitig eine starke Ermunterung wie eine Mahnung, bei den kommenden Betriebsratswahlen alle Kräfte einzusetzen.

In beiden Betrieben wurden die Nazis geschlagen. Im Rheinmetall-Wert Sommerda hat die rote Einheitsliste einen Vormarsch zu verzeichnen, es ist gelungen, den dort starken syndikalistischen Gruppen über 100 Arbeiter zu entreißen, doch gelang es nicht in genügendem Maße, die SPD-Arbeiter für die rote Einheitsliste zu gewinnen.

Das ist eine Mahnung, in allen Betrieben an alle Arbeiterkategorien heranzutreten und sie für die Einheitsfront des Kampfes zu mobilisieren. Gerade jetzt, wo sich die Leibpart und Wels offener als je für die Unterjochung der Schleicher-Regierung erklärt haben, wo die Tolerierungspolitik der Nazis klar zutage liegt, muß es gelingen, die kampfgewillten Arbeiter für die Einheitsfront und für die Einheitsliste zu gewinnen. Die beste Vorbereitung der Wahlen ist die Mobilisierung der Belegschaften, zum Kampf gegen neuen Lohnabbau, zum Kampf um die betrieblichen Forderungen der Arbeiter. Seht darum alle Kräfte ein, um im Kampf eine Kette weiterer Siege zu erringen!



Arbeiterinnen streifen

Berlin, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Marinieranstalt C. B. Mortensen auf dem Wedding sind die 100 Arbeiterinnen im Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen ein Lohnraubdiktat von 8 1/2 Prozent. Bereits im letzten Jahre streiften die Arbeiterinnen und verhinderten damit einen vom Unternehmer geplanten Lohnraub von 20 Prozent. Durch die Geschlossenheit der kämpfenden Belegschaft ist auch der neue Lohnraub zu verhindern gemacht worden.

Lenin über den Versailler Vertrag

Wie Lenin zum Problem der unterdrückten Massen der deutschen Werttätigen stand, ergibt sich aus seiner Rede, die er auf dem II. Weltkongreß hielt, der vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau tagte, in der er zum Versailler Vertrag Stellung nahm. Hier führte er aus:

„Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich jähfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg verfeuert mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagt ist, Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeschrittensten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernen Fortschritts stehen! Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, daß fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtslosigkeit gerieten. Sie sind durch den Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse verfeuert, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. Damit habt ihr ein Bild der Welt, das zeigt, daß nach dem Krieg auf einmal eine Bevölkerung von nicht weniger als ein und einer Viertelmilliarde dem kolonialen Joch, der Ausbeutung, dem brutalen Kapitalismus unterworfen ist. Dieser Kapitalismus rühmte sich der Friedensliebe und hatte dazu vielleicht vor 50 Jahren einiges Recht, als die Welt noch nicht aufgeleitet war, als die Monopole noch nicht herrschten, als der Kapitalismus zu verhältnismäßig friedlicher Entwicklung ohne ungeheure Kriegskonflikte noch Raum hatte.“

Jetzt, nach dieser Friedensperiode, bekamen wir eine ungeheuerliche Verschärfung des Joches. Schon sehen wir die Rückkehr zu einer noch schlimmeren kolonialen und militärischen Unterjochung als vorher. Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtslosigkeit und Unterjochung verfeuert.“

Weg mit solchen Betriebsräten

Am 22. Dezember wurde vor dem Kasseler Arbeitsgericht die Klage des gemäßigten Betriebsrats Schiffer von der Tuchfabrik Pruski verhandelt. Die als Zeugin vernommene Betriebsrätin Nleden sagte vor Gericht folgendes aus:

„Schiffer hat mir immer entgegengearbeitet. Er hat nie die Belegschaft im Sinne der Gewerkschaften aufgeklärt und nie in ihrem Sinne für die Vermeidung von Erschütterungen im Betrieb gearbeitet. Ich selbst habe mich bei der Firma über den Lohnabbau erkundigt und die Firma hat mir gesagt, daß sie berechtigt sei, den Lohnabbau durchzuführen. Ich habe mich auch bei den Gewerkschaftsführern erkundigt und von ihnen auch gehört, die Firma sei in vollem Recht, die Lohnreduzierung durchzuführen. Aber Schiffer hat es unterlassen, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen. Er hat nie gesagt, daß wir uns in einer schlimmeren Krise befinden und darum der Lohnabbau nicht zu vermeiden ist.“

Der Syndikus des Unternehmerverbandes, Dr. Dahmen, sagte aus:

„Die Abstimmung im Betrieb war eine verdeckte Streikabstimmung. Ich muß dem Herrn Schiffer meine Hochachtung aussprechen, denn er hat es verstanden, mit ganz gewiegter Raffinesse so zu handeln, daß ihm nicht bezuommen ist. Aber daß es nicht zum Streik kam, ist nicht die Schuld des Herrn Schiffer, sondern der Streik wurde nur dadurch verhindert, weil die Polizei die Arbeiter morgens in den Betrieb getrieben hat.“

Das Arbeitsgericht kam zur Feststellung, daß die Aussage des Unternehmervertreters nicht zur Abweisung der Klage ausreichte, die Klage des Betriebsrats Schiffer wurde aber auf Grund der Aussage der Betriebsrätin Nleden abgewiesen.

Arbeiter, solche Betriebsräte müssen bei den kommenden Betriebsratswahlen verschwinden.

Seht alle Kräfte ein,ichert in allen Betrieben den vollen Sieg der Einheitslisten, tragt dafür Sorge, daß nur solche Betriebsräte gewählt werden, die rücksichtslos für die Interessen der Belegschaft eintreten und auf dem Boden der kämpfenden Einheitsfront stehen.

SPD führt Zwangsarbeit für Frauen ein

Freiburg. Unser Ortsteil Polznitz geht in allem den „Großen“ nach. Weil es schon mal eine sogenannte „Landmutter“ gab, muß Polznitz seine „Dorfmutter“ in Gestalt der Frau es Gemeindeoberhauptes Witoldschel, der Mitglied der SPD, sein. Diese will nun unbedingt in der „Wohl-Fahrt“ führend gehen. Eines

Tages erhielten alle Frauen und Mädchen folgenden Zettel vom Gemeindevorstand zugestellt:

„Sie werden aufgefordert, am . . . auf dem Gemeindevorstand zu erscheinen. Mitzubringen ist Schere, Nadel, Fingerhut und sämtliches Nähutensilien. Diese Arbeit gilt als Pflichtarbeit.“

Unterschrift: Witoldschel.“

Diese Aufforderung bekam selbst eine Arbeiterfrau, die schon über 40 Jahre alt ist. Hier zeigt es sich erneut, wie die SPD-Gemeindevorsteher aktiv daran sind, für die Werttätigen die Zwangsarbeit zu der bestehenden Hungerunterstützung einzuführen. Hier müssen sich vor allem die Arbeiterfrauen und -mädchen in die Einheitsaktion um Arbeit zu Larischlöchern, gegen Hunger und Frost, einreihen. Arbeiterfrauen, Erwerbslose, schließt euch zusammen zum Kampf gegen jede Zwangsarbeit und deren sozialdemokratische Verfechter! Erfämpft euch ausreichende Unterstützung!

Hungerstreike in der Silvesternacht

Langenbielau, 2. Januar. Am Silvesterabend rissen die Arbeiter der Langenbielauer Niederstadt die Fenster auf, denn durch die Straßen dröhnten Rufe wie: Wir fordern wirkliche Winterhilfe! Her mit Brot und Kohlen! Nieder mit der Schleicher-Regierung! Die Arbeiter solidarisierten sich mit den Russen.

Grünberger Erwerbslose demonstrieren erneut gegen Hunger und Frost

Grünberg, 2. Januar. Am Sonnabendvormittag haben sich wiederum 200 Erwerbslose aus dem Landkreis vor dem Kreishaus unter revolutionärer Führung gesammelt, um für ihre Unterstützungsforderungen zu demonstrieren. Der Landrat hat die Kommission auf den nächsten Sprechtag verwiesen. Diese handlungslose Behandlung der Erwerbslosenvertreter durch den Landrat löste eine ungeheure Empörung unter den Demonstranten aus. Es wurde anschließend demonstriert.

An alle Kollegen im DMB!

Kollegen! Im Laufe des Monats Januar finden in sämtlichen Branchen die Wahlen der Branchenleitungen und der Vertreter statt. Bei diesen Wahlen gilt es, die Leitungen mit oppositionellen Kollegen zu besetzen, die ernsthaft gewillt sind, gegen den reformistischen Kurs im Metallarbeiterverband Front zu machen und die Gewerkschaft als Klassenkampforganisation auszubauen.

Durch das raffinierte Vertretersystem hat man die Mitglieder indirekt von der praktischen Arbeit im Verband ausgeschaltet. Die Ortsverwaltung hat sich dadurch einen Kreis von Funktionären geschaffen, die mit ihr durch die und dünn gehen. Und nur deshalb waren diese Dinge möglich gewesen, weil durch die reformistische und Burgfriedenspolitik der Verbandsbürokratie die Masse der Mitglieder enttäuscht, verblüdet und angeekelt das Feld diesen Leuten kampflös überlassen hat.

Branchenversammlungen des DMB, Ortsverwaltung Breslau

- Vaukschlösser: Donnerstag, 5. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 8.
Infsalkateure und Helfer: Sonnabend, 7. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 8.
Klempner und Hilfsarbeiter: Montag, 9. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 8.
Glätler und Gelbmetallarbeiter: Mittwoch, 11. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 15.
Gold- und Silberarbeiter: Mittwoch, 11. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.
Städtische Betriebe: Mittwoch, 11. Jan., Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.
Chirurgie- und Orthopädie-Mechaniker: Donnerstag, den 12. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.
Maschinenarbeiter, -arbeiterinnen und -hilfsarbeiter: Freitag, den 13. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.
Felzungsmonteur und Helfer: Sonnabend, 14. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.
Autoschlösser: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Dreher und Revolverdreher: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.
Schmiede und Kesselschmiede: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.
Schweißer, Werkzeugmacher und Feilenhauer: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.
Former und Berufsgehilfen: Donnerstag, 19. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.
Maschinen- und Konstruktionschlösser: Donnerstag, 19. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.
Elektiker: Sonnabend, 21. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.
Schiffbauer: Sonnabend, 21. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.
Betriebsräte und Vertrauensleute: Dienstag, 24. Januar, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.
Kupfererschmiede: Sonnabend, 28. Jan., Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Sämtliche Versammlungen beginnen um 19.30 Uhr!

MASCH

Morgen Mittwoch Fortsetzung des Kursus „Sowjetunion von 1928-32.“
Donnerstag Kursus „Politische Ökonomie“.

Freie Menschen Breslau

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß am 18. Januar im Heim unsere Jahreshauptversammlung stattfindet. Unser Arbeitsprogramm für das neue Jahr ist folgendes:
Jeden Montag, Mittwoch und Freitag Gymnastik und Höhen-sonne ab 6 Uhr.
Jeden Dienstag Heimabend. Leitung: Genosin Schaar.
Ab 5. Januar findet im Heim unter Leitung des Genossen Brandt ein Esperantokursus statt. Es wird ersucht, den Anschlag im Heim zu beachten.
Alle Genossen und Genossinnen, die ihre Beiträge sowie auch für das Heim noch nicht erlegt haben, werden ersucht, dies umgehend zu tun vor der Jahresabrechnung.
Freier Radio-Bund. Dienstag um 20 Uhr im Lokal bei Stiefel, Wörther Straße 7, Mitgliederversammlung! Gäste willkommen. „Rot Fun!“ Die Leitung.

Lieblich. Das Neujahrprogramm hatte großen Erfolg bei der Premiere — und bringt 8,15 Uhr, jetzt täglich populäre Pariser Clowns, die Freres Gerard, die nahestimmigste Pantomime der Gegenwart. Alles lacht, kein Auge bleibt trocken, wenn in Lou's Comedy die Esel boden, 4 Corallijours, Springmeister der Welt, zeigen höchstes Können, das jedem gefällt, dazu kommen noch viele der heitersten Sachen und Heinz Fuß konfiziert den „Abend des Sackens“.

Die Kommunisten fordern im Landtag drei Millionen Mark für den Breslauer KSB.

Ueber die Verhältnisse im Breslauer Konsum- und Sparverein Vorwärts haben wir schon wiederholt geschrieben und dabei auch gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Leidtragenden dieser Mißwirtschaft die Mitglieder sind, welche die Kosten für dieses bankrotte Unternehmen aus ihren Hungerpfennigen aufzubringen haben. Schon in unserer Nummer vom 18. November haben wir uns mit der Finanzlage beschäftigt und aufgezeigt, wie sich dieser Vergleichsvorschlag auf die Mitglieder auswirkt. Wir wollen hier noch einmal hervorheben, daß die Sparer nicht nur ihr Guthaben verlieren, sondern noch zur erneuten Sanierung einen erneuten Anteil von dreißig Mark einzahlen müßten. Es ist sogar zu erwarten, daß diese Postsumme sich auf 120 Mark je Mitglied erhöhen muß und die Sparer 13 Jahre auf ihre Forderungen warten müssen.

Aus der Ueberzeugung, daß es sich hierbei um die wertvollsten Mitglieder handelt, die von diesem Zusammenbruch betroffen werden, hat die kommunistische Landtagsfraktion folgenden Antrag im Landtag eingebracht:

Antrag

Viel, Sandtner, Frau Franz-Breslau und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.

Der Landtag wolle beschließen: Die kommissarische Regierung in Preußen wird beauftragt, für die Sanierung des Breslauer Konsum- und Sparvereins Vorwärts die Summe von 3 Millionen Mark aus Staatsmitteln bereitzustellen.

Dieser Antrag bedeutet nichts anderes, als daß dadurch erreicht werden soll, wie schon oben angeführt, die Mitglieder des Konsum-

und Sparvereins Vorwärts vor dem Schlimmsten zu bewahren. Daß die Durchführung dieses Antrages möglich ist, das wollen wir dadurch begründen, indem doch in letzter Zeit trotz Massenelend und Abbau der sozialen Leistungen Millionen an Subventionen an die Industriellen bewilligt wurden.

An den Mitgliedern des Breslauer Konsum- und Sparvereins Vorwärts wird es liegen, diesem Antrag den nötigen Nachdruck zu verleihen. In Mitgliederversammlungen müssen die Mitglieder sofort zu diesem Antrag Stellung nehmen und sich geschlossen hinter diesen Antrag stellen. Nicht auf die Abstimmung im Parlament dürfen sich die Mitglieder verlassen, sondern eine breite außerparlamentarische Kampagne muß einsetzen.

Deshalb, Mitglieder des Konsum- und Sparvereins Vorwärts, verlangt sofort Mitgliederversammlungen und entfaltet den breiten außerparlamentarischen Kampf für die Erfüllung dieser Forderungen!

Kundgebung für Ludwig Renn

Das Linkskartell der geistigen Arbeiter und freien Berufe veranstaltet heute, um 20 Uhr, in der Settagst-Loge, Neue Gasse, eine Kundgebung für Ludwig Renn. Es sprechen u. a.: Dr. E. Runge und B. A. Auf. Es lesen aus den Werken des proletarisch-revolutionären Dichters Renn der Schauspieler Friedrich Günter und Georg Wende.

Der Kampf gegen den Bolschewismus!

Streichen. Wenn Brüning, Papen und Schleicher dem Bolschewismus Rache geschworen haben, so dürfen auch die übrigen Anhänger dieses kapitalistischen Ausbeutungssystems nicht zurückbleiben. Das dem so ist, das können wir auch in Streichen feststellen. Hier sind es an erster Stelle die Verkünder der Lehre Christi in der Kirche und auch in der Schule, welche krampfhaft versuchen, gegen den Bolschewismus zu Felde zu ziehen.

In der Meinung, daß die Kirche sehr vorteilhaft ist, um seine Kommunistenhege und den Groll gegen die Sowjetunion an den Mann zu bringen, war es der Erzpriester Fink, welcher die Weih-nachtsfeier dazu ausnützte, um seine Hege von der Kanzel zu entfalten. Ausgerechnet an diesem „Fest der Liebe und des Friedens“ wollte er seine Gläubigen überzeugen, daß die „Liebe und der Friede“ der Kirche darin besteht, seine Mitmenschen auf das Schlimmste zu verleumden. Mit dem Bibelspruch „Liebet eure Feinde“ scheint es dieser Herr Erzpriester nicht so genau zu nehmen.

Was war es nun, was er seinen andächtigen Zuhörern erzählte?

Nun, die Kommunisten sind Maulhelden und beschimpfen die Regierung, die sich nach seiner Meinung gewiß um das Wohl des Volkes bemüht. Auch in Rußland sehe es sehr schlecht aus, denn da würden Tausende durch den Bolschewismus hingemordet. Interessant dabei ist, daß er auch gegen die S.D., den Koalitionspartner des Zentrums, zu Felde zog und damit anscheinend diesen Konfessions-sozialisten den Dank abstattete für ihre Zustimmung zu den Millionen, die sie der Kirche bewilligt haben.

Rußlandhege auch in der Schule

Im Bunde mit diesem geistigen Seelsorger befindet sich der Herr Lehrer H., welcher ebenfalls die Schule dazu ausnützt, um gegen das Land der Arbeiter und Bauern zu hegen. Dieser Bolschewisten-feind erzählte den Kindern, daß in Rußland eine Mißwirtschaft herrsche, während in Deutschland eine intensive Wirtschaft betrieben werde.

Nun, Herr Erzpriester Fink, wir erachten es als notwendig, Ihnen auf Ihre Hege einiges zu erwidern, und zwar raten wir Ihnen, sich doch einmal etwas näher in Deutschland umzusehen, und da werden Sie finden, daß es gerade im kapitalistischen Deutschland ist, wo Tausende von Menschen infolge dieser Ausbeutungspolitik der Kapitalisten gemordet werden. Tausende begehen Selbstmord, weil sie dieses Elend nicht mehr länger ertragen.

Tausende werden durch dieses Antreibesystem durch ein ungeheures Hekttempo in den Betrieben dem Tode in die Arme getrieben. Tausende müssen in elenden Löchern zusammengepfercht wohnen, während auf der anderen Seite eine kleine Schicht von Ausbeutern und Lokalen ganze Villen und Häuser mit diesen Zimmern besitzen. Und das alles in einem Deutschland, wo das Zentrum jahrelang mit-regiert hat und auch heute durch sein Verhalten an der Aufrecht-erhaltung dieser Zustände aufs regste interessiert ist.

Nun, daß die Regierung um das Wohl des Volkes bemüht ist, das kann eines Teils stimmen, es handelt sich aber nur, um welchen Volksteil es geht. Und so müssen wir eben feststellen, daß von diesem wohltuenden Bemühen eben nur eine kleine Schicht betroffen wird, die alle Ursache hat, diese Zustände zu verherrlichen und gegen alles zu kämpfen, was eine Veränderung dieser Zustände anstrebt.

Auch Herrn Lehrer H. möchten wir entgegenhalten, daß diese intensive Wirtschaft in Deutschland doch immerhin etwas anders aus- sieht. Es ist doch eben nicht wegzuleugnen, daß in Deutschland neun Millionen Menschen ohne Arbeit sind, während in Rußland nicht nur die Arbeitslosigkeit behoben ist, sondern es noch an Arbeitskräften fehlt.

Nun, wir sagen auch hierzu: alle Verleumdungen gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten werden nicht ihren Zweck erfüllen, denn immer mehr und mehr erkennt die Arbeiterschaft ihre wahren Feinde. Auch die christlichen Arbeiter werden sich durch diese Verleumdungen nicht zurückhalten lassen, mit den Kommunisten gemein-sam den Kampf gegen dieses Ausbeutungssystem zu führen. Sie werden genau so wie die russischen Arbeiter und Bauern trotz ihrer christlichen Einstellung gegen den Zarismus gemeinsam mit den Bolschewisten gekämpft haben, auch in Deutschland sich in diese gemeinsame Kampf-front einreihen. Selbst die schönsten Reden vom Gottvertrauen können diesen, dem Hunger und der Verelendung preisgegebenen Menschen auf die Dauer nicht befriedigen, sondern auch sie wollen kämpfen für Arbeit und Brot.

Allen Arbeitern im christlichen Lager rufen wir zu: Laßt euch durch diese Lügen nicht abhalten, mit uns gemeinsam den Kampf ver-stärkt fortzuführen gegen Lohnraub und Steuererhöhung, gegen Hunger und Frost.

nicht so drängeln! sonst ist die ausstellung überfüllt

das ifa-kartell veranstaltet in der woche vom 1. bis 8. januar im süd-heim, gabitzstraße 13, die erste

rote kultur-woche

in den gut dekorierten räumen des arbeiterheims findet eine

ausstellung

statt, welche neben den arbeiten der revolutionären künstler auch die neuesten bilder der arbeiterphoto-graphen enthält. die marxistische literatur ist von der kleinen einfachen schulungsbroschüre bis zum umfangreichen marx- und lenin-werk in der aus-stellung vertreten, ebenso ist eine umfangreiche übersicht der proletarischen unterhaltungsliteratur zu sehen. schallplatten mit revolutionärem inhalt werden gezeigt und gespielt.

alle arbeiten, photos, bilder, bücher und platten sind ver-käuflich. preise an der kasse.

jeden abend finden im rahmen der kultur-woche veranstaltungen statt, deren erste, der autorenabend der breslauer proletarischen schriftsteller, nach dem guten eindruck der ersten veranstaltung, am sonntag, dem 8., mit neuem programm wiederholt wird.

an dieser stelle sind die täglichen sonder-veranstaltungen zu lesen!

eintritt 5 pfg., mit veranstaltung 10 pfg.

verantwortlich für den politischen teil, broking und lokales: Walter Suda: Breslau. — für die übrigen teile: Albrecht Fendrich, Berlin. — für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Tebnitzer Straße 50.

Das rote Breslau marschiert

Mittwoch, den 4. Januar, um 17 Uhr auf den Platz der Republik (Schloßplatz)

Die Kommunistische Partei ruft

die 100 000 hungernden Erwerbslosen, die um ihren Lohn betrogenen Betriebsarbeiter, Kurzarbeiter, Angestellten und Beamten, die unter dem Steuerdruck zusammenbrechenden Handwerker und Kleingewerbetreibenden, Männer, Frauen und Jugendliche!

Betriebe und Stempelstellen, beteiligt euch geschlossen an der Demonstration

Abmarsch von den Stadtteilen um 16 Uhr. West: Striegauer Platz; Nord: Weisenburger Platz; Nordost: Hirschstraße, Ede Wodstraße; Ost: Brodauer Platz; Süd: Friedrichsplatz; Zentrum: Platz der Republik.

Zepppelin kommt!

RUND UM DEN ERDBALL

Wo Antibolschewisten regieren:

1 Million in New York ermittelt — 1 Million Kinder obdachlos

Eine Million Menschen sind ermittelt worden! In einer einzigen Stadt: — in den ersten zehn Monaten des Jahres 1932. Die Stadt, in der diese ungeheuerlichen Massenemissionen vor sich gingen — sie heißt? New York! Die Wirtschaftsmetropole des Dollar-Imperialismus!

Die bürgerliche Zeitschrift „Economist“ bringt diese Meldung mit den kurzen Worten: „In den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 wurden in der Stadt New York 259 602 Familien ermittelt“.

Also: Mehr als eine viertel Million Familien. Das sind mindestens eine Million Menschen.

Aber diese unglaublichen Zahlen zeigen noch nicht einmal das ganze Ausmaß des Elends. Denn Tausende von Familien, die zwar ihre Miete nicht mehr zahlen konnten und können, durften noch in ihren Wohnungen verbleiben, entweder weil die Hausbesitzer sich noch vorübergehend zur Mindernahme veranlaßt haben oder weil sie nicht glaubten, andere zahlungsfähige Mieter finden zu können.

Und auch das ist noch nicht alles: Denn Tausende von Familien, die schon seit Jahr und Tag keine Wohnung mehr haben und die darum auch nicht mehr ermittelt werden können, sie haufen in New York und ringsherum auf den Schutt- und Abfallhaufen, in Bretterkästen Ganze Bretterkästen-Kolonien sind so entstanden. „Hoover-Cities“ werden sie genannte, „Hoover-Städte“.

Ja, so sieht der „Städtebau“ aus in den Vereinigten Staaten, dem Lande des Antibolschewismus! Und wie der „Städtebau“, so auch die Ernährungsfrage für Millionenmenschen. „Die Kornkammern des Weltens“, berichtet eine Berliner bürgerliche Zeitung, „sind zum Brechen voll. Meizen verrotten in den riesigen Getreidepeichern von Duluth und Fort William. Der Pflanzler in Texas pflügt die Baumwoll-

als Grünblingung wieder ein, und auf den Kartoffelfeldern vor den Toren New Yorks erfrieren die Knollen in der Erde.“

Washington, 2. Januar 1933. Telegraphische Meldung: Der von Hoover eingesezte „Forschungsausschuß für soziale Probleme“ hat das Ergebnis seiner dreijährigen Forschungsarbeiten veröffentlicht.

In dem Bericht wird erklärt, „daß die Möglichkeit einer gewalttätigen Umwälzung in den Vereinigten Staaten nicht von der Hand zu weisen sei, falls nicht bald Maßnahmen zur Lösung des Sozialproblems unternommen würden“.



Amerikanische Arbeitslose, die — wie unser Bild zeigt — in alten Kanalisationsröhren „wohnen“

Eine Million Kinder sind in den Vereinigten Staaten obdachlos. Eine Million! Ueber deren unsagbares Elend — das grauenerregendste, das je die Welt erlebt hat — berichtet eine Berliner bürgerliche Zeitung:

„In der Sechsmillionen-Stadt New York sind einundvierertel Millionen Menschen ohne Arbeitseinkommen, ohne Unterstützung durch Angehörige, ohne Erparnisse. Das Elend großer Bevölkerungsklassen kennt kein Beispiel. Ein erheblicher Teil der Volksschüler ist unterernährt, die private Fürsorge hat sich erschöpft, Waisenhäuser, Lungenheilstätten und Krankenhäuser müssen am Notwendigsten einschränken. Verbrechen und Prostitution steigen in steter Kurve an. Die Gefängnisse sind überfüllt, — ein Drittel der Verbrecher stellen Jugendliche zwischen sechzehn und einundzwanzig Jahren.“

Eine Million Kinder befinden sich heute auf Wanderschaft in den Vereinigten Staaten. Auf Frachtzügen und Autostrassen ziehen sie durch das Land, vom Stillen Ozean bis zum Atlantik, im Sommer bis hoch an die große Seenplatte, im Winter nach Florida und den warmen Staaten der Golfküste. Sie sind nicht mehr auf der Suche nach Arbeit, sie wandern ziellos von einem Platz zum anderen — heimatlose Vagabunden. Hunderte werden unter den Rädern der Züge zermalmt, Tausende sterben Hungers. Allein in New York finden sich im Winter an hunderttausend Wanderer zusammen, die ihr Dasein mit Betteln und Diebstahl fristen.

Kommunistische Zellen organisieren Hungermärsche auf die Bundeshauptstadt. Auf Lastwagen, Autos und Karren ziehen Männer und Weiber nach Washington, sie führen kein Sternbanner, sondern die rote Fahne, sie singen nicht die Nationalhymne, sondern die Internationale, sie verlangen keinen Bonus, sondern Arbeitslosenunterstützung. Washington fürchtet sich vor den roten Invasionsarmeen.“

Eine Million Ermittelte in zehn Monaten in einer Stadt! Eine Million unterernährter Kinder obdachlos!

Hungersnot in Chile

2000 Familien vom Tode bedroht

Santiago de Chile. Im chilenischen Nordlittoralgebiet in der Nähe der argentinischen Grenze herrscht zur Zeit eine große Hungersnot. Etwa 2000 Familien sind dem Hungertode nahe.

Die Ursache der Katastrophe sind die durch die neuerlichen Vulkanausbrüche in den Anden verurichteten Nischenregen, die das Weideland kilometerweit zerstört haben und dadurch das Vieh zum Verhungern brachten, das zu vielen Tausenden zugrunde gegangen ist.

Lebendig im Bett verbrannt

Paris. Die ehemalige Schauspielerin Fanny Desgrange, die vollkommen gelähmt schon seit Monaten das Bett hüten mußte, fand am Sonntag einen schrecklichen Tod.

Aus dem im Schlafzimmer angezündeten Kaminfeuer war ein Holzstiel herausgefallen. Das Feuer dehnte sich langsam aus, erreichte das Bett, in dem die unglückliche Frau hilflos lag.

Als Mitbewohner des Hauses durch die Rauchentwicklung aufmerksam wurden und die Feuerwehr alarmierten, war es bereits zu spät. Die 71jährige Frau war bei lebendigem Leibe verbrannt.

Erdbeben in Südafrika

Aus Kapstadt wird gemeldet: Weite Teile Südafrikas sind loben durch tektonisches Erdbeben erschüttert. Am stärksten wurden die Bewegungen in Johannesburg verspürt. Viele Gebäude wurden schwer beschädigt. Die Bevölkerung fürzte angsterfüllt auf die Straße. Auch das Zulu-Land und Natal wurden von Erdstößen heimgesucht, die insgesamt neun Minuten lang andauerten. In mehreren Gebäuden entstanden große Mauerriße.

Großfeuer in einer Chemiebude

In Hamburg brach in der chemischen Fabrik Johann Bisher ein Großfeuer aus. Alle benachbarten Straßenzüge waren wegen des starken Qualms und der großen Explosionsgefahr abgesperrt. Arbeiter sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen.

Zollgrenze, Schmuggel und ein Toter

Stadbach-Nehndt. Auf einem Felde bei Hofstein fanden Spaziergänger in einem Brombeergebüsch die Leiche des 18 Jahre alten Lehrlings Gustav Jansen aus Nehndt. Er ist ermordet worden, und zwar, wie man annimmt, von Schmugglern, die seine Mitwisserschaft fürchteten.

Feuerwerk im Feuerwerkslager

Göttingen. Der Inhaber eines Fahrradgeschäftes führte einem Kunden einen Silberfeuerwerkskörper vor. Der Feuerwerkskörper sprang in das Feuerwerkslager, das explodierte. Die Fensterheben des Ladens wurden auf die Straße geschleudert. Der Laden ist vollständig ausgebrannt. Personen wurden nicht verletzt.

Wieder großer Kassenkrach

Aus Berleburg (Westfalen) wird gemeldet: Hier hat ein neuer Kassenkrach im Kreis Wittgenstein große Erregung hervorgerufen. Durch einen Ausschuß zur Wahrung der Interessen der Mitglieder ist unter Zuhilfenahme eines Revisors bei dem Kreditgeber Spar- und Darlehnskassenverein GmbH, ein bisher verschleierte Verlust in Höhe von 110 000 Mark festgestellt worden.

Für Mussolini in den Tod gehebt

Antifaschist, aus Oesterreich ausgewiesen, stürzt sich vor der italienischen Grenze aus dem D-Zug

Nach einer Meldung von der italienischen Grenze, ist der Antifaschist Marcello Ferrari in grauenhafter Weise ums Leben gekommen, als er beim Sprung vom fahrenden D-Zug unter die Räder der Wagen geriet und völlig zerstückelt wurde. Ferrari war aus Oesterreich ausgewiesen worden. Seine Verurteilung ist der Arbeiterkammer ein erneuter Anlaß, gegen diese Ausweisungsepidemie — wie sie auch in Preußen durch Severing gegen antifaschistische, revolutionäre Kämpfer eingeleitet wurde — den härtesten Proteststurm zu entfalten.

Dem Antifaschisten Marcello Ferrari, er war ein italienischer Matrose, war es seinerzeit gelungen, den Schergen seiner „Heimat“ zu entfliehen. Er glaubte, in Wien einen Ort gefunden zu haben, wo er sich wenigstens einigermaßen vor den Söldlingen Mussolinis sicher fühlen könne. Seinen Kampf gegen die Unterdrücker des werttätigen italienischen Volkes hat Ferrari jedoch auch in Wien fortgesetzt.

Das aber genügte schon den österreichischen Behörden, um Ferrari das politische Asylrecht zu entziehen. In alleruntertänigster Verbeugung von Mussolini, dem Räuber Tirols, hekten die österreichischen Behörden den Matrosen Ferrari durchs ganze Land.

Bereits im Frühjahr 1932 wurde er aus Oesterreich ausgewiesen, kehrte jedoch nach kurzer Zeit wieder zurück, weil ihm

sonst kein Weg offen stand. In Kärnten saßte ihn die Polizei, sperrte ihn ein und wollte ihn jetzt nach Ablauf seiner Strafe, eben auf jene berüchtigte Art, mit welcher man gegen Antifaschisten verfährt, über die Grenze abschieben.

Im D-Zug nach Italien zeigte Ferrari größte Unruhe, erwarteten ihn, den aktiven Antifaschisten, doch in seiner Heimat Folterungen und schließlich zweifellos der Tod im Kerker oder am Galgen.

In der Nähe der Grenze sprang der verzweifelte Ferrari dann aus dem dahinfliehenden D-Zug. Aber der Sprung aus dem Klotzfenster ins Freie war keine Befreiung für ihn — der rasende Zug riß ihn unter die Räder der Wagen.

Auf dem Bahnhöfchen blieb er als verflümmelte Leiche liegen.

Für Mussolini in den Tod gehebt...

Mag dieser grauenhafte Vorfall allen Arbeitern deutlich vor Augen führen, was der Abschub in die „Heimat“ für die Ausgewiesenen bedeutet, welches unvorstellbare Maß von Qual und Zermürbung. Wer wollte darum ruhig und ohne Protest zusehen können, wie gute und beste Kämpfer aus den revolutionären Reihen als „Ausländer“ herausgeriffen werden — zur Verfrachtung in die Kerker ihrer „Heimat“?!

Kein Arbeiter darf ruhig bleiben dabei. Ein Massenprotest allenthalben muß unseren Kameraden das Asylrecht sichern!

Zirkusarbeiter im Löwentäfig zerrissen

Wolfsrudel aus den Bergen überfallen Menschen und die Viehherden in den Tälern

Aus Monfalcone wird gemeldet: Eine entsetzliche Szene ereignete sich in einem Wanderzirkus, der hier seine Zelte aufgeschlagen hat. Von „dreißigsten“ Löwen wurde der Zirkusarbeiter Porcari, der den Käfig der Tiere reinigte, plötzlich angefallen und in Stücke gerissen.

Der Manegearbeiter Porcari begann wie üblich seine Arbeit, indem er er mit Schaufel und Eimer den Käfig betrat. Die zwei Löwen und eine Löwin tauerten schläfrig an der Käfigwand. Jüngendwelche Schutzmaßnahmen waren nicht vorhanden und schienen auch überflüssig zu sein, bis — Porcari stolperte.

Zäh gereizt, schnellten die drei Bestien mit ungeheurem Getöse hoch. Porcaris Tod war eine Sache nur weniger Augenblicke. Ehe er auch nur einen Schritt zur Flucht tun konnte, hatten ihn die Tiere niedergerissen.

Entsetzt rannten die Mitglieder der Zirkustruppe herbei, als sie das plötzliche Toben und Brüllen der Löwen und die kurzen, marktschütternden Schreie Porcaris hörten. Aber es war schon zu spät, um eingreifen zu können...

Der schlechtbezahlte, ausgebeutete Zirkusarbeiter Porcari war von den drei Löwen im Käfig in ein paar Sekunden buchstäblich in Stücke zerlegt und zerrissen worden.

Stippen. Infolge der Kälte sind die Wölfe vor Hunger aus den hochgelegenen Wäldern in die Täler gekommen. In Valpacos

haben sie eine Lehrerin zerrissen, deren Leiche nur noch an den Ueberresten ihrer Kleidung erkannt werden konnte.

In den Tälern der Sierra de Estrella haben die Wölfe Viehherden überfallen und zahlreiche Schafe und Kinder getötet.

Der Tambourmajor mit dem Dolch

Dortmund. Eine blutige Familientragödie ereignete sich in Ahlen (Westfalen). Nach einer Silvesterveranstaltung des Trommler- und Pfeiferkorps geriet dessen Tambourmajor Didsjürgens mit seiner Ehefrau und seinen Kindern in einen Streit, in dessen Verlauf er mit gezücktem Dolch auf seinen 23jährigen Sohn eindrang.

Dieser griff in der Notwehr zu einem Beil und schlug zweimal auf den Kopf des Vaters ein, der mit gespaltener Stirn zusammensank. Der Sohn stellte sich später selbst der Polizei und wurde vorläufig festgenommen.

Japanisches Tankschiff in Flammen

Tokio. Auf einem japanischen Tankschiff, das auf der Fahrt nach Sachalin war, brach Feuer aus. Das Schiff wurde völlig vernichtet. Acht Mitglieder der Besatzung verbrannten. Die übrigen 22 Mann der Besatzung konnten durch zwei zu Hilfe eilende Dampfer gerettet werden.

„Die Arbeiterklasse ist nicht reif für den Sozialismus“

Das alte Argument aller Schattierungen des Reformismus von der „Unreife der Arbeiterklasse“ muß herhalten, um diese für die Tolerierung des Schleicher-Kabinetts vorzubereiten — Worte und Taten sozialdemokratischer Führer im Bezirk Görlitz

Die Not der Erwerbslosen steigt ins Riesengroße. Die Wohlfahrtsvereine der kleinen Landgemeinden werden davon am härtesten betroffen, da sie fast selten die Hungerlöhne erhalten. Gerade an jenen Tagen, als das Fest der Liebe gefeiert wurde, ergriff Verzweiflung und Mut die Familienväter, die statt Fleisch und Brot ihren Kindern trocken Brot geben mußten. So machten sich am 19. Dezember drei Ernährer auf den Weg zum Wohlfahrtsamt in Rötzenburg (Positz) und glaubten, dort wenigstens für ihre Familien zum Jahresabschluss einige Fleisch- und Kohlenmarken zu erhalten. Aber weit gefehlt! Trotz Vorprache beim neuen deutsch-nationalen Landrat bekamen sie leere Versprechungen und Berstungen, die ja bekanntlich billiger als Brombeeren sind. Aber was das Empörendste ist, man sagte der Not und dem Elend der Wohlfahrtsempfänger den Hohn hinzu. Der Wohlfahrtsinspektor Böschke erklärte:

„Wenn Ihr nicht so faul wäret, würdet Ihr Stöße roden gehen, dann hätten Ihr Feuerung.“

Glaubt etwa Herr Böschke, daß man mit fettigen Rindfleisch und hungrigen Mägen der Familienmitglieder stopfen kann? Oder daß man mit leerem Magen und ohne Bekleidung den Großagariern die Hände reien urban machen kann? Obendrein sollen wir dann noch die Stöße bezahlen. Wo nimmt der Wohlfahrtsverein das Geld her, um das nötige Werkzeug und die Fuhrkosten zu bezahlen? Aber es ist bekanntlich sehr leicht, mit vollem Magen den Hungernden und Frierenden Moral zu predigen. Herr Böschke wird bestimmt am sogenannten „Heiligen Abend“ keine Kartoffeln mit Margarine und saure Gurken in laster Stube gegessen haben. Bei zirka 8000 Mark Jahresgehalt hat man das nicht nötig. Allein von der Kinderzulage in Höhe von 240 Mark muß ein Wohlfahrtsempfänger mit Frau und Kind ein halbes Jahr leben. Herr Böschke, wenn nicht die Millionen Erwerbslose einmal so geschuftet hätten, wären Sie heute nicht im Besitz einer solch prächtigen Villa. Sie leben von der Not der Hungernden und bauen noch Paläste!

Sozialdemokratische Klassengenossen, und dieser laubere Herr ist Sozialdemokrat! Vorausgesetzt, daß nicht mit dem Landratswechsel gleichzeitig ein Stimmungswandel vorgegangen ist. Herr Böschke zählt auch zu den Märzgefallenen. Ursprünglich Anführer der Sozialdemokratie wurde er mit der Ernennung des Sozialdemokraten Metz zum Landrat auch mal „Sozialist“. Das sind die Führer der Sozialdemokratie, die nach den schönen Worten von Buchwicz am 31. Dezember in der „Görlitzer Volkszeitung“ den „Sozialismus zur Gegenwartsaufgabe“ erhoben hat. Präzis und schöne Worte, das ist eben bei den sozialdemokratischen Führern zweierlei. In Worten versuchen sie sich schmeicheln dem Bedürfnis und Willen der sozialdemokratischen Arbeiter, die eine sozialistische Arbeiter- und Bauernrepublik wollen, anzupassen, in der Tat aber sind sie — wie uns Herr Böschke beweist — die besten Sachwalter der kapitalistischen Hungerordnung! Daß selbst Buchwicz das mit dem „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“ nicht ernst meint, geht aus demselben Artikel hervor, indem es weiter unten heißt:

„Nur auf dem Boden der Demokratie erreicht die Arbeiterklasse die erforderliche Reife, um eine sozialistische Welt aufzubauen.“

Mit dem alten Argument der Revisionisten und aller Schattierungen des Reformismus von der „Unreife der Arbeiterklasse“ will nicht nur Buchwicz, sondern will die ganze Führung der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse vom Kampf um eine Arbeiter- und Bauernrepublik, um die Diktatur des Proletariats über die Finanzgewaltigen und Junker abhalten und für die kapitalistische Demokratie, für die Erhaltung des Kapitalismus begeistern. Das kann nur der Vorbereitung einer Tolerierung des faschistischen Schleicher-

Kabinetts dienen. Hier widerpiegelt sich deutlich die Rolle der SPD. als Hauptstütze der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse. Mit scheinbar sozialistischen Bedenkengängen versuchen die SPD.-Führer ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse zu erhalten und — wie aus dem Gerüde von der „Unreife der Arbeiterklasse“ hervorgeht — für die kapitalistische Gesellschaftsordnung nutzbar zu machen.

Die Phrasen von der „Unreife der Arbeiterklasse“ ist längst durch die Existenz Sowjetrußlands seit 15 Jahren, durch den gewaltigen Aufbau, der sich dort vollzieht, widerlegt. Nur die Kraft der vereinigten Arbeiter- und Bauernmassen unter Führung der kommunistischen Partei konnte in Rußland die Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialismus schaffen.

Das ist auch in Deutschland nicht nur möglich, sondern notwendig, wenn die Arbeiterklasse nicht in der Barbarei zugrunde gehen, wenn die Arbeiterklasse leben will! Ihr sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftscollegen, reißt euch daher ein in die Aktion zur Rettung vor Hunger und Frost! Tragt den heute noch herrschenden Kapitalisten und ihren Lakaien jeden Tag durch Massendemonstrationen ab, daß ihr zur Erhaltung eures Lebens braucht! Wohlfahrtsempfänger, schart euch reißlos um euren selbstgewählten Erwerbslosenausschuß! Betriebsarbeiter, kämpft um die Zurückeroberung des euch geraubten Lohnes! Nur über den Kampf um das täglich zum Leben Notwendige ist es möglich, die Arbeiter- und Bauernrepublik zu erkämpfen! Schmeißt überall die rote Einheitsfront fester!

SPD.-Mehrheit lehnt Anträge der SAJ. und Erwerbslosen ab

SPD.-Gemeindevertreter gehen Arm in Arm mit Nazis, Deutschnationalen und Zentrum Empörung der sozialdemokratischen Jungarbeiter über die Ablehnung ihres Antrages

Nieder-Hartmannsdorf. Am 22. Dezember tagte die Gemeindevertretung der Gemeinde Nieder-Hartmannsdorf, um über einen Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosen-Ausschusses betreffs Gewährung einer geldlichen Winterhilfe für die Erwerbslosen, Jungarbeiter, Sozial- und Kleinrentner zu beraten.

Der Gemeinde-Vorsteher, ein Sozialdemokrat, erklärte, er kann dieses nicht bewilligen, da keine Deckung vorhanden wäre und er mit seiner Person dafür einstehen müßte. Der Antrag wurde von den Nazis, Bürgerlichen und Sozialdemokraten gemeinsam abgelehnt. Die Sozialdemokraten haben in diesem Gemeindeparlament mit 10 gegen 6 bürgerliche Vertreter die Mehrheit.

Das liegt in der gleichen Linie wie die Behandlung eines Antrages der sozialistischen Arbeiter-Jugend. Die SAJ. hatte im Oktober einen Antrag auf Gewährung einer geringen Beihilfe eingebracht.

Die sozialdemokratische Mehrheit dieses Parlaments ging in ihrem Eifer, alles im Interesse des Kapitalismus zu tun, soweit, selbst den Antrag ihrer eigenen Jugendgenossen abzulehnen!

Auf Grund der Empörung der SAJ.-Genossen sah sich selbst die „Görlitzer Volkszeitung“ vom 14. Oktober — allerdings nur in Klammer — gezwungen, folgendes zu schreiben: „Ein derartiges Resultat dürfte bei einer Vertretung mit sozialistischer Mehrheit nicht vorkommen.“ (Das sind schöne „Sozialisten“. D. Red.) Das war nur eine Verhöhnungsspielle. Das Verhalten dieser SPD.-Gemeindevertreter gegenüber dem Antrag der Erwerbslosen zeigt, daß diese konsequent den Weg im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems beschritten haben.

Bemerkte sei noch, daß der Gemeindevorsteher eine Vergütung von 1200 Mark pro Jahr von der Gemeinde erhält und obendrein noch die Erwerbslosenunterstützung bezieht. Sein Sohn bezieht ebenfalls Unterstützung.

Jetzt haben die Erwerbslosen, die sozialdemokratischen Arbeiter und Jugendgenossen von Nieder-

Hartmannsdorf das Wort. Geht den sozialdemokratischen Lakaien, die Arm in Arm mit den Nazis, Deutschnationalen und Zentrum gehen, eine deutliche Antwort! Schließt euch zusammen zum gemeinsamen Kampf um die Erfüllung der Erwerbslosen- und Jugendforderungen!

Konsumvereinsverwalter wünscht Zusammenbruch des K.V. Langenöls

Löwenberg. Als richtiger Arbeitervertreter entpuppt sich immer mehr der Stadtverordnete Jigemann. Auf Antrag des Stadtverordnetenvorstehers soll der Maschinenraum der Stadt Reizeugfabrik zu Ermiitteltenwohnungen ausgebaut werden. Alle Stadtverordneten begrüßen dieses und erklären, daß man von den Obdachlosen keine Miete verlangen kann. Als einziger meldete sich der Vertreter Jigemann (SPD.) zum Wort und fragte an, ob es nicht möglich sei, wenigstens einen kleinen Betrag zu erheben. Wenn es nicht anders ginge, so doch wenigstens für den Quadratmeter einige Pfennige. Dieses zeigte so richtig die „soziale“ Politik der SPD. Diese „sozialen“ Menschen verlangen noch, daß arme Proleten, welche ohnehin schon nichts zu beissen haben, für die Notwohnungen Miete zahlen.

Dieser Herr Jigemann ist Lagerverwalter des Konsumvereins Langenöls und Umgegend in der Filiale Löwenberg, und außerdem Vorstandmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Löwenberg in Schlesien. Am Ende des Jahres hatten sich mehrere Konsummitglieder die Austrittserklärung geholt. (Auf Grund der Zusammenbrüche überall.) Bei diesen war auch ein Genosse unserer Partei. Diesem gab Jigemann zur Antwort:

Er wünschte, daß die Genossenschaft innerhalb der Kündigungsfrist pleite gehe!

Er wünscht also, daß die hungernden Erwerbslosen, welche zum Teil Mitglied sind, mitbezahlen heißen. Wie weit sein Geldhunger geht, hat Jigemann schon im Juli bewiesen. Zu einer Versammlung erklärte er damals: „Ich habe gedacht, der Konsumladen würde zu klein werden, habe aber bis jetzt noch nichts davon gemerkt.“ Dieses führte er aus bei dauerndem Reiben der Hände. Hieraus ersehen die Arbeiter am besten, daß Jigemann nur die Einheitsfront gut heißen hat, um Geschäfte zu machen. Für jede Mark erhält er seine Prozente, und diese werden bestimmt nicht niedrig sein. Des weiteren ist er Vorsitzender der Krankenkasse. Im Statut der Kasse ist ein Paragraph, der besagt, daß alle Mitglieder, die zwei Monate und mehr Beiträge rückständig sind, ausgeschlossen werden. Das ist auch in etlichen Fällen eingetreten. Die Versicherten kamen und wollten einen Monat bezahlen (zwei waren rückständig). Ihnen wurde erklärt, daß sie laut Statut ausgeschlossen seien; wenn sie aber wieder eintreten wollen, so müßte ein ärztliches Attest beigebracht werden. Das Attest aber muß vom Antragsteller bezahlt werden und kostet 5 Mark. Herrn Jigemann möchten wir fragen, was mit diesen Leuten werden soll? Wer bezahlt die Krankenkassen im Falle einer Krankheit? Allen Proleten empfehlen wir, sich von derartigen Menschen abzuwenden und einer solchen Partei den Rücken zu kehren. Schließt euch zusammen in roter Einheitsfront gegen derartige Arbeitervertreter. Tretet ein in die SPD., die einzige Partei der Arbeiterklasse, die rücksichtslos den Kampf um Arbeit, Lohn und Brot, gegen Hunger und Frost führt!

Großagrarier richtet Landarbeiterfamilie zugrunde

Tolle Schikanen der faschistischen Gutsverwaltung und des Gemeindevorstehers gegen eine Landarbeiterfamilie in Quosdorf

Quosdorf (Kr. Rötzenburg). Vergleicht man die Lebensverhältnisse und die Behandlung einer Landarbeiterfamilie im Hindenburg-Schleicher-Deutschland mit den Verhältnissen, unter denen ein Sklave oder chinesischer Kuli leben muß, so findet man hier keinen großen Unterschied. Tatsachen beweisen uns das täglich. Hier ein Beispiel: Der Landarbeiter August Rekkitt, verheiratet, mit sieben Kindern unter 14 Jahren, diente in harter Fron treu und brav jahrelang dem Rittmeister von Milkau auf dem Rittergut Quosdorf. Im vorigen Jahre erlitt Rekkitt einen Berufsunfall (Knie ausgetrennt). Nach monatelanger Behandlung in den verschiedensten Krankenheilanstalten und Instituten wurde er mit 25 Prozent Erwerbsunfähigkeit als geheilt entlassen. Die 25 Prozent Rente raubte man ihm aber schnell wieder durch Notverordnung. Rekkitt ist aber Krüppel geblieben. Schwere Arbeit kann er nicht mehr verrichten. Aus lauter Mitleid wurde er noch einige Wochen als Schaffner auf dem Gute weiterbeschäftigt.

Als nun im Herbst das Schaffnertum zu Ende ging, ging auch des Landarbeiters Existenz zu Ende.

Rekkitt wurde von seinem „gnädigen Herrn“ fristlos entlassen; angeblich weil er keine schwere Arbeit verrichten konnte. So sieht das Los der deutschen Landarbeiter aus! Jahreslang von Großagariern für einen Hundelohn ausgebeutet, zum Krüppel geschunden, aus der Werkswohnung herausgeworfen, auf die Straße geworfen und dem Verhungern preisgegeben! Wenn nun der Ernährer selbst ohne Erwerb war, versuchte seine Ehefrau trotz ihrer sieben Kinder auf dem Gute weiter zu arbeiten. Ab und zu mußte sie jedoch einen Tag in der Wäsche zu Hause bleiben, um das Notwendigste im Haushalt zu schaffen und die Kinder zu betreuen. Das paßte natürlich dem Herrn Gutsinspektor nicht, und so drohte er auch ihr mit Entlassung. Als die Frau wegen Todesfall ihres Vaters wiederum zwei Tage von der Arbeit fernblieb, wurde sie fristlos entlassen. Wöchentlichlich war der Lohn von wöchentlich 1,50 Mark (durchschnittlich) auch noch zuviel. So sehen die Versprechungen dieser faschistischen Gutsbesitzer aus.

Die Landarbeiterfamilie ist nun auch eine von den Millionen, die vollständig mittellos und ohne Erwerb dastehen.

also ausgestoßen aus der Produktion und zum Verhungern verurteilt ist.

Galt, wenn wir sagen „Verhungern“, dann bleiben wir nicht bei der Wahrheit. Es gibt ja in Deutschland noch eine allgemeine Wohlfahrtsfürsorge, die keinen deutschen Staatsbürger „verhungern“ läßt. Auf diesen Einfall kam auch Rekkitt und stellte bei der Gemeinde einen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung. Dieser wurde ihm und seiner achtköpfigen Familie in folgender Form „bewilligt“. Hier ist der Bescheid des Gemeindevorstehers Biele:

Quosdorf, d. 19. 12. 1932.
Post Rätchen.

An Herrn August Rekkitt, Quosdorf.

Auf Ihre Schreiben vom 4. 12. 32 betreffs höherer Unterstützung, zur Nachricht, das Ihr Richtsatz 30 M. Monatlich beträgt, ab 10 Mark Miete für Wohnung u. Garten bleibt 50 Mark.

Ihre Frau könnte heute noch in Arbeit stehen, wenn ihr die Arbeit geschmeckt hätte, wer nicht arbeiten will findet immer einen Grund, damit ihr die Papiere nachgeschickt werden, im Schatten liegen u. andere Leute arbeiten lassen ist Schöner.

Viele, Gem.-Vorsteher.

Auf diesen Bescheid sehen wir uns veranlaßt, die Person des Gemeindevorstehers etwas zu beleuchten. Viele als wackerer Faschist der hiesigen Arbeiterschaft bekannt, besitzt eine Landwirtschaft von zirka 25 Morgen, lebt wie die Maie im Speck. Soziales Verhalten besitzt er nicht, dafür wütenden Haß gegen alle, welche nicht „heil Hitler“ brüllen und sich nicht willig als Knechte anbeteln. Er steht in jedem von den Kapitalisten brokos gemachten Arbeiter einen „faulen Hund“. Dem Gemeindevorsteher selbst empfehlen wir dringend, erst einmal deutsch schreiben zu lernen.

Allen Landarbeitern und Arbeiterfrauen, allen Klassengenossen rufen wir zu: Erkennt eure Feinde, schließt euch in der roten Massenfront unter Führung der Kommunisten zusammen! Macht Schluss mit diesem System des Hungers und der Knechtschaft! Führt gemeinsam den Kampf gegen den faschistischen Großgrundbesitzer, gegen deren Willkür und gegen die Hungerlöhne, entsacht den Massenkampf zum Schutz vor Hunger und Frost!

Kämpft um jede wählbare Gewerkschaftsfunktion!

MEBICH

Täglich 4,15, Sonntags 4,15 und 8,15 Uhr

Heinz Fuß konferiert das Neujahrprogramm

4 Frères Gerard die populären Pariser Clowns

Lou's Comedy Tier-Revue Ein Lachen von Anfang bis Ende

4 Corally fours die besten Springer der Welt

10 Minuten Lohengrin! Fleischman - Zschoppa, Fab, Praaw, Müst

Eintrittspreise: abends ab 50 Pf., Sonnt. nachm. 1. des Vollprogramms ab 20 Pf.

15 Jahre „Humanité“ Elsass-Lothringens

Das Bindeglied zwischen deutschen und französischen Arbeitern

Metz, 2. Januar. Das deutschsprachige Tagesorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, Bezirk Elsass-Lothringen, die „Humanité“, feierte am 1. Januar den Beginn des fünfzehnten Jahrganges ihres Erscheinens. Die Sondernummer unseres elsass-lothringischen Bruderorgans erscheint unter dem Motto: „15 Jahre Kampf um das Selbstbestimmungsrecht“. Neben vorzüglichen Beiträgen über die ungeheuren Kriegsverbrechen des französischen Imperialismus in Elsass-Lothringen, bringt die „Humanité“ auf der ersten Seite ihrer Sondernummer die Begrüßungsschreiben der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs. In der Begrüßung der französischen Partei heißt es:

„Am Tage, wo die „Humanité“ in den 15. Jahrgang ihres Bestehens tritt, sendet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs diesem unerhöhrten, tapferen Kampforgan die warmsten revolutionären Grüße von hunderttausenden Proletariern Frankreichs. Die von Tag zu Tag anwachsende Schaar ihrer Leser und das ganze werktätige Volk Elsass-Lothringens mögen versichert sein, daß die KPZ in ihrem Kampfe gegen Hunger, Krieg und nationale Unterdrückung treu an ihrer Seite steht. Möge die „Humanité“ auch weiterhin, gemäß den Richtlinien Lenins und der Dritten Internationale, das Banner des revolutionären Befreiungskampfes hochhalten und vereint mit dem deutschen und französischen Proletariat den Sturm der Unterdrückten organisieren bis die Ketten gebrochen sind.“

In der Begrüßung der deutschen Kommunistischen Partei heißt es unter anderem:

„In eurem heldenhaften Kampfe gegen die soziale und nationale Unterdrückung der Werktätigen Elsass-Lothringens durch den französischen Imperialismus stehen wir stets brüderlich an eurer Seite. Euch, Genossen, fällt die große und ruhmreiche Aufgabe zu, das brüderliche Band zwischen dem deutschen und französischen Proletariat im gemeinsamen Kampfe gegen Hunger, Krieg und nationale Versklavung zu stärken und zu festigen.“

Japan will ganz Nordchina erobern

Kriegsschiffe nach Tientsin ausgelaufen

Tokio, 2. Januar. Die japanische Admiralität teilt mit, daß zwei Minenboote, fünf Zerstörer und ein Panzerkreuzer am Sonntag Schanghai verlassen haben, um die nordchinesische Stadt Tientsin zu besetzen.

Ungehindert geht der japanische Imperialismus dazu über, nach der Besetzung der Mandchurei das ganze Nordchina einschließlich der Städte Tientsin und Peking zu besetzen. Die Kuomintangregierung liefert das chinesische Volk an den japanischen Imperialismus aus, ihre einzige Sorge ist es, gemäß den Aufträgen der Imperialisten, gegen die chinesischen Sowjetrepubliken zu kämpfen. Nur die Sowjetrevolution ist imstande, China vor der Aufteilung und endgültigen Kolonisierung durch die imperialistischen Räuber zu retten.

Schwindelmeldung von einem Polen abgeschossenen Sowjetflugzeug

Moskau, 2. Januar. Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union dementiert kategorisch die in den deutschen Blättern verbreitete Mitteilung, wonach angeblich ein Feuergefecht zwischen polnischen und Sowjetflugzeugen stattgefunden habe, bei dem ein Sowjetflugzeug abgeschossen worden sein soll. Die Meldung ist eine reine Erfindung deutscher bürgerlicher Agenturen und stellen einen Versuch kriegstreiberischer Elemente dar, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen zu tören.

Zum Vorkämpfer der Sowjetunion in China hat das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion den Genossen Bogomolow ernannt.

Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

13. Fortsetzung.

Tschen-Tsun-Min lud uns zu Mittag ein. Wir nahmen die Einladung an, da wir die Gelegenheit, Propaganda zu machen, nicht unbenutzt lassen wollten. Bei Tsche wurde viel über die schwere Lage der Bauern gesprochen.

Am nächsten Tage trafen wir den Entschluß, Ling-Su in Laolin zurückzulassen, sowohl seines leidenden Zustandes wegen — er war an Ruhr erkrankt — als auch um die Verbindung mit der Geheimabteilung, deren Angehörige wir auf unsere Seite gebracht hatten, aufrechtzuerhalten. Diese Verbindung ermöglichte es uns, die ein- und auslaufenden amtlichen Depeschen zu kontrollieren und ihren Text abzuändern. So z. B. verhinderten wir die Beförderung der vom Schutzbund der Steuerzahler einlaufenden Depeschen, wenn ihr Inhalt für den Bauernbund allzu ungünstig war. Desgleichen änderten wir den Wortlaut der Depeschen, die Tschen-Tsun-Min an die Schutzbündler richtete, wenn es uns vorkam, als mache er mit ihnen zu viel Umstände. Tschen-Tsun-Min und ich machten uns auf den Heimweg. Am fünften Tag kamen wir nach Uchua, wo das Hochwasser uns aufhielt. Nach weiteren fünf Reisetagen erreichten wir Lu-Feng und brachen am selben Abend nach Hai-Feng auf. Wir waren die ganze Nacht unterwegs. Erst bei Tagesanbruch Hopten wir an Ren-Chan-Yuangs Tür! Sofort erstattete uns Peng-Chan-Yuang Bericht über die Gewalttätigkeiten, die Bezirksobmann und Grundherren nach unserer Abreise begangen hatten.

Ein Bauer des Dorfes Beigunghu, im Bezirk Huandung, der bei den Wänden des Langjatempels ein Grundstück in Pacht hatte und von der Auflösung des Bauernbundes nichts gehört hatte, weigerte sich entschieden, mehr als drei Zehntel des Pachtzinses zu zahlen. Die Wände erstatteten beim Bezirkspolizeiamt Anzeige. Der Polizeichef meinte, bei der Sache würde auch für ihn etwas herauszuholen sein und erteilte daher ohne zu säumen seinen sechs Polizisten den Befehl, das Dorf aufzusuchen, um den Pächter zu verhaften. Die Polizisten wurden aber von den Bauern tüchtig

„Neuer Weltkrieg unvermeidlich“

Die chauvinistische Antwort der polnischen Bourgeoisie auf die Heße des deutschen Imperialismus

Warschau, 2. Januar. Wie zu erwarten war, antwortet der polnische Imperialismus auf die in der letzten Zeit immer heftiger werdende chauvinistische Heßkampagne der deutschen Bourgeoisie gegen Polen, mit ebenso chauvinistischen, telegohegerischen Ausfällen. Die Veröffentlichungen des französischen Regierungsorgans „Temps“, das angeblich die deutsche Reichsregierung einen abenteuerlichen Vorstoß in der Korridorfrage beabsichtigt, hat in der polnischen Regierungspresse eine ungeheure Erregung ausgelöst. Hinzu kommen noch die sozialistischen Behauptungen in der deutschen bürgerlichen Presse und schließlich der wohl mit ausdrücklicher Propagationsabsicht organisierte chauvinistische Kundfunkvortrag des Ostmarken-Kundfunks über „Die Grenze an der Weichsel“.

Die polnische Regierungspresse sieht in diesen Ereignissen „Glieder einer systematischen deutschen Kampagne zugunsten der Grenzrevision“. Auf die deutschen Drohungen antwortet die Regierungspresse Polens ihrerseits mit der Drohung, daß Polen auch auf Ostpreußen Anspruch erhebe. Die „Gazeta Warszawska“ schreibt offen und deutlich, daß, wenn Deutschland eine Erörterung über das Korridorproblem erzwingt, ein deutsch-polnischer Krieg und damit ein neuer Weltkrieg unvermeidlich sei.

Diese offene Sprache gibt genügend Aufklärung darüber, wie die Dinge an der Ostgrenze liegen. Die Chauvinisten auf beiden Seiten der Grenze treiben zu einem bewaffneten Konflikt, der wie die „Gazeta Warszawska“ durchaus richtig sagt, niemals losläßt bleiben, sondern unvermeidlich in einem Weltbrand ausmünden würde. Das diese Gefahr nicht etwa nur auf die Ostgrenzen beschränkt bleibt, zeigen die chauvinistischen Demonstrationen an der deutsch-belgischen Grenze anlässlich der Ausweisung des Kaplans Gilles aus Eupen-Malmedy. Der Dynamit imperialistischer Konflikte häuft sich an allen Punkten

Mitteleuropas und ganz besonders an den Grenzen Deutschlands an. Wenn in Frankreich und Belgien die riesigen Befestigungsanlagen in der Gegend der Weichsel errichtet werden, wenn der polnische Korridor einem Heerlager gleicht und wenn gleichzeitig in Deutschland nicht nur ein allgemeines Rüstungs- und „Jugendverpflichtungs“gesetz erhoben wird, sondern auch an allen wichtigen Punkten sogenannte Luftschulungen veranstaltet werden, so ist es klar, daß diese Dinge nicht deshalb gemacht werden, weil die imperialistischen Räuber sich zum Frieden rufen, sondern deshalb, weil sie mit Gewißheit einem neuen Weltkrieg entgegensteuern.

Die einzige Rettung vor dieser entsetzlichen Katastrophe ist eine mächtige Entfaltung des proletarischen Internationalismus, der internationalen Solidarität der Werktätigen unter Führung der kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Belgien und Polen. Die Festigung dieses internationalen Bündnisses ist nicht nur die einzige Möglichkeit, die imperialistischen Kriegsräuber an der Ausführung ihrer geplanten Verbrechen zu hindern, sondern auch gleichzeitig die einzige Möglichkeit zur nationalen Befreiung der durch den Verfall der Vertrag unterdrückten Nationalitäten in Eupen-Malmedy, in Pommern, in Elsass-Lothringen usw. Wenn die deutschen, polnischen, französischen und belgischen Bankiers, Industriemagnaten und Großgrundbesitzer die chauvinistischen Leidenschaften zu entfesseln versuchen, so stellen wir demgegenüber jenen heldenhaften Kampf unserer französischen und belgischen Brüder während des Ruhrkampfes im Jahre 1923, wo französische Soldaten sich mit deutschen Arbeitern verbündeten, wo die belgischen Eisenbahner und Bergarbeiter gewaltige Streikaktionen entfachten, durch die der französische Imperialismus zum Rückzug gezwungen wurde. Diese lebendige Kraft der internationalen proletarischen Solidarität muß und wird den Sieg über die Kriegstreiber davontragen.

10 Jahre Bund der Sowjetrepubliken

Vor 10 Jahren vollzog sich der Zusammenschluß der Sowjetländer in der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken — Brüderliche Zusammenarbeit und nationale Befreiung

Moskau, 2. Januar. In diesen Tagen jähren sich zum 10. Male der Zusammenschluß der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Union der Sozialistischen Sowjetrepublik. Die Sowjetunion ist auf Initiative der Föderativen Sowjetrepublik ganz Kaukasien geschaffen worden, während die Sowjets am 1. Dezember 1922 erklärten, daß es notwendig sei, eine Union zu schaffen, die das mächtige Vorbild der Weltunion aller Sowjetländer sein müsse.

Aus Anlaß dieses Zehnjahrestages veröffentlicht die „Iswestija“ einen Artikel des Genossen Jenulidze, des Sekretärs des ZK des Exekutivkomitees der Sowjeunion. In diesem Artikel heißt es u. a.:

„Die Völker der Sowjetrepubliken stellten sich die Aufgabe, den Organismus eines einzigen Staates zu schaffen, der auf der Grundlage der freien Entwicklung der werktätigen Massen aller Nationalitäten fähig ist, unter Führung des Proletariats die äußere Sicherheit des Landes, seinen inneren ökonomischen Aufstieg und die Freiheit der nationalen Entwicklung der Völker zu sichern. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion beweist unbestreitbar und mit einer absoluten Klarheit, daß diese Hoffnungen vollständig verwirklicht wurden. Am zehnjährigen Jahrestage ist die gesamte Welt Zeuge des grandiosen sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion und seiner gewaltigen Erfolge. Während in den Ländern des Kapitalismus die wirtschaftlich schwachen

und kulturell zurückgebliebenen Nationalitäten unterdrückt und ausgebeutet werden, haben sich die Sowjetrepubliken, dank ihrer gegenseitigen Unterstützung, dank der brüderlichen Zusammenarbeit der weiter fortgeschrittenen Nationalitäten — haben sich die ehemaligen Halbkolonien des Zarismus in höchstentwickelte Länder vom ökonomischen und kulturellen Standpunkt verwandelt. Das ist das Zeichen neuer Triumphe des sozialistischen Aufbaus.“

Antifowjetische Lügenmeldungen

Moskau, 2. Januar. Die in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über angebliche Entziehung der Lebensmittelkarten für Hausfrauen sind lächerliche Erfindungen. Die Hausfrauen — das heißt, die Frauen von Arbeitern, Angestellten, Ingenieuren, Techniken und Studierenden — erhalten gemäß den Bestimmungen des Moskauer Sowjets die ihnen zustehenden Nahrungsmittelangelegungen am Arbeitsplatz des Familienoberhauptes.

Der Hafenarbeiterstreik in Dänkirchen und Le Havre geht trotz der Versuche der Reformisten, mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsapparats den Kampf abzuwürgen, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung weiter. Die Hafenarbeiter streiken gegen einen Lohnabbau von 10 bis 20 Prozent.

verdroschen und machten sich schleunigst aus dem Staube. Da wandte sich der Polizeichef an den Kriegsteilnehmer Tschen-Tsun-Min um Hilfe, der seine vier, mit Mäusergewehren bewaffneten Leibwächter ins Dorf beorderte. Dort angelangt, schossen sie sofort drauf los, jedoch ohne jemanden zu treffen und kehrten gleichfalls unverrichteter Sache nach Humpin zurück. Tschen-Tsun-Min schäumte vor Wut und erschien an der Spitze seiner Polizisten und Trabanten im Dorfe, wo er vier alte Männer festnehmen und auf die Polizeiwache bringen ließ — er meinte, den Bauern hierdurch ein Lösegeld abpressen zu können. Doch waren sowohl die verhafteten Bauern als auch ihre Vorigenossen mittellos. Die Sache wurde dem Bezirksobmann Wan-Tso-Tsin gemeldet, der ihnen eine Geldbuße in Höhe von 30 Dollar auferlegte. Um das Geld aufzutreiben, mußte einer der Verhafteten seinen Sohn verkaufen, der zweite seine Tochter, der dritte seinen Büffel. Als der Gebietsobmann davon erfuhr, ließ er sie wiederum in Haft nehmen. Vergeltens brachten sie vor, daß sie ihre Buße erlegt hätten. Auf alle ihre Einwände hatte er nur eine Antwort: „Für den Bezirksobmann ist eure Angelegenheit erledigt, für mich aber nicht. Wir müßt ihr 100 Dollar zahlen, sonst behalte ich euch in Haft.“

Schließlich verhängten sich die ältesten Bauern des Nachbardorfes für die Zahlung von 40 Dollar innerhalb eines Monats. Dann erst erhielten die vier Alten ihre Freiheit wieder.

Unsere Genossen schmachteten noch immer im Gefängnis, sie hatten weder Geld noch Lebensmittel. Wir gingen daran, sie mit beidem zu versorgen — täglich schickten wir ihnen Schwaren und Geld. Nach Verlauf eines Monats erfuhren wir, daß keine einzige Sendung in ihre Hände gelangt war, alles hatte der Gefängnisdirektor Wan an sich genommen. Tag und Nacht blieben sie an Händen und Füßen gefesselt.

Alles, was sie am Leibe trugen, hatten sie verpfändet. Das Geld, das die Bauern insgeheim für sie gesammelt hatten, war längst zu Ende.

Ich hatte mir den Text der Depesche des Tschen-Tsun-Min zu veranschauligen gewußt und teilte ihn der Zeitung „Hai-Feng Lu-Anbao“ mit. Der Redakteur suchte die Veröffentlichung zu hinterziehen. Die Seker aber, die es mit den Bauern hielten, druckten ihn ohne meine Erlaubnis ab.

Zwei von den Seßern wurden entlassen. Es fehlte nicht viel, so hätte die Obrigkeit die Apotheke und das Ambulatorium mit

Beschlag belegt. Das Gericht, der Bauernbund hätte in der Apotheke 4000 Dollar versteckt, war bis zum General Tschen-Tsin-Tang gedrungen, der auch sofort durch den Kriegsteilnehmer die Ablieferung dieser Summe forderte und drohte, er würde, falls wir seinem Befehl nicht nachkämen, den Arzt verhaften lassen und das Lokal mit Beschlag belegen. Doch ließ die Sache wider Erwarten glimpflich ab.

Die Angehörigen unserer verhafteten Genossen kamen mich besuchen. Sie brachten beruhigende Nachrichten:

„Der Bauernbund besteht tatsächlich trotz seiner Auflösung auch weiter fort. Täglich suchen uns Bauern von überall auf. Ihnen allen liegt das Schicksal des Bundes am Herzen. Alles, was vorgefallen ist, hat die Bauern nicht zu entmutigen vermocht, sondern ihre Kampflust gesteigert. Das ist die Hauptsache. Als Tschen-Tsun-Mins Depesche eintraf, glaubten wir, die Behörden würden seinem Befehl nachkommen und die Verhafteten freisetzen — aber nichts dergleichen geschah. Das beweist, daß Tschen-Tsun-Min den Gegnern des Bauernbundes insgeheim in die Hände arbeitet — die Depesche hatte er nur zum Schein abgeschickt.“

Wir berieten über die Sachlage und kamen zu folgenden Ergebnissen und Entschlüssen:

1. Tschen-Tsun-Mins Einfluß ist im Sinken begriffen, er ist nicht mehr imstande, seine Untergebenen zu kontrollieren. Außerdem war er insgeheim an der Auflösung des Bauernbundes beteiligt. Daher ist nicht darauf zu rechnen, daß er unsere verhafteten Genossen freiläßt. Wir müssen Geld sammeln, um sie und ihre Familien zu unterstützen.

2. Lin-Schu-Feng, Chuang-Y und Ma-Tsu-Chan müssen alles aufbieten, um Einfluß auf Tschen-Tsun-Min zu gewinnen.

3. Drei Vorstandsmitglieder des Bundes bleiben in Hai-Feng, um die Beziehungen zu den Bezirksmitgliedern aufrechtzuerhalten, jedoch ohne Propaganda für einen Aufstand zu machen, der gegenwärtig nicht von Vorteil wäre.

4. Li-Lao-Hun und Peng-Paj sollen nach Swatou und Hongkong reisen. Die Reise ist strengstens geheimzuhalten.

Am nächsten Tage brachen wir beide auf. Unsere Absicht, in Hongkong eine Kollekte vorzunehmen, erwies sich als undurchführbar. Wir hatten nur wenige Bekannte, außerdem fanden wir bei niemand für die Sache des Bauernbundes Sympathie.

(Fortsetzung folgt)

Betrieb und Gewerkschaft



Wie wir die Ortsverwaltung des Verbandes erobern

Ein Beispiel für die Praxis

Unsere Genossen, Mitglieder und Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition haben noch große Schwächen in der Organisation der Gewerkschaftsopposition und im Kampf um die Eroberung der örtlichen Gewerkschaftsleitungen.

Mit diesem Artikel wollen wir ihnen helfen. Wir fordern die Genossen auf, Beispiele aus der Praxis — gute und schlechte — zu berichten, um anderen Genossen die gemachten Erfahrungen zu übermitteln. Heute bringen wir ein Beispiel für die gute Vorbereitung einer Ortsverwaltungswahl.

Die Redaktion.

Vorbereitung: Wir führen den Kampf gegen den Reformismus und Opportunismus als größtes Hindernis in der Entfaltung der revolutionären Klassenkräfte. Die Gewinnung der Millionen reformistisch beeinflussten Gewerkschaftsmitglieder für den revolutionären Klassenkampf ist nur möglich im zähen, ausdauernden und beharrlichen Kampf gegen den Reformismus und Faschismus. Dieser Kampf kann nicht allein geführt werden auf dem Parkett der Gewerkschaftshäuser und der Versammlungssäle, nicht allein durch gute Reden, sondern in der Hauptfrage im Betrieb, auf der Stempelstelle und Straße, um alle Tagesinteressen der Arbeiterklasse. Stets muß ein Kommunist als revolutionärer Gewerkschaftler in der Tat Organisationsleiter, Helfer und Führer seiner Klassengenossen sein. Er wird so das Vertrauen der Kollegen erobern. Sie werden ihn in die Gewerkschaftsführung und als Betriebsrat wählen. Was wäre ein Leipart, Larnow, Brandes oder Imbusch, wenn wir unten, in der Zählstelle und im Betriebe die Führung der Gewerkschaftsmitglieder in den Händen hätten? Sie wären eiserne Scharlatane ohne Massen.

Strategie und Taktik, Kampfvorbereitung

Strategisches Ziel ist die Eroberung der Ortsverwaltungen, Hinausschluß der reformistischen Strategen und die Befreiung der Leitung mit kommunistischen und kampfgewillten ehrlichen Kollegen. Zur Verwirklichung unseres Zieles bedarf es eines zähen, bis in alle Einzelheiten vorher organisierten Kampfes. Wie im imperialistischen Krieg der Generalstab, so arbeitet in unserem Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den proletarischen Ausweg die kommunistische Fraktion des Verbandes einen Angriffsplan aus. Grundbedingung ist: Genaue Kenntnis der Stellungen und Kräfte des Gegners, unsere Kräfte und Kampfmittel, unsere Reserven, Verbündeten und die Neutralen, Herausbildung eines zuverlässigen „Sturmtrupps“, Nachschubdienst, Feststellung der schwächsten Stelle der gegnerischen Front, Zermürbung der gegnerischen Kräfte, „Sturmangriff“, Verteidigung, Ausbau und Festigung der eroberten Positionen.

Die kommunistische Fraktion tagt

Durch die vom Bezirksparteitag beschlossene und durchgeführte Registrierung stellen wir fest, daß wir erheblich stärker sind als wir annahmen. Die Registrierlisten liegen vor. Ergebnis: Mitglieder der Partei im Verband: 26; RGO: unter Abzug der schon gezählten Parteigenossen 35; Rote Hilfe, Kampfband und RME: insgesamt 19, ergibt insgesamt 80, die wir als Kampfgruppen bezeichnen können. Sie gilt es in erster Linie zu mobilisieren, da sie im Bereich der Ortsgruppen wohnen, werden sie örtlich und betrieblich herausgezogen und je einem Genossen, dem Gruppenführer für die zu bildende Oppositionsgruppe des DVV, zugeteilt. Ziel: Je eine Oppositionsgruppe in 5 Betrieben und 6 Wohngebieten bzw. Stempelstellen. Ihnen werden weiter die registrierten Sympathisierenden zugeeignet, die von uns noch nirgends organisatorisch erfasst wurden, von denen bekannt ist, daß sie entweder kommunistisch gewähnt haben oder in irgendeiner Weise ihre Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck brachten. Sie als unsere Hilfspolizei, Reserven oder Verbündeten zu mobilisieren, ist das zweite Problem. Es folgt die genaue Festlegung eines Mobilisierungsplanes: Oppositionsgruppenführungen (Stubenversammlungen), Sammlung von Unter-

schriften für die Anträge, die wir einreichen, Herstellung von Handzetteln, Artikel für Parteipresse und Betriebs-(Häuserblat)Zeitungen, Kandidatenaufstellung, Diskussionsredner, Schlepperdienst, eine besondere Versammlung für jugendliche Verbandskollegen, organisiert von der RGO, Jugend und dem RZVD, mit Hilfe der Betriebs- und Straßenzellen.

Die Oppositionsgruppen tagen

Die für die Oppositionsgruppen zugeteilten Genossen Referenten wurden vorher zusammengefaßt und an Hand eines Schulungsmaterials der RGO, instruiert und ihnen eine besondere Disposition mitgegeben. Sie erhalten die inzwischen formulierten Anträge und Entschlüsse zur Generalversammlung mit und werden verpflichtet, bis zu einem bestimmten Termin der zentralen Fraktionsleitung schriftlich über das Ergebnis zu berichten.

Die letzten Vorbereitungen werden getroffen

Die Berichte liegen vor. Es wurden insgesamt über 100 oppositionelle Verbandsmittelglieder in Stubenversammlungen erfasst und einige RGO- und Partei-Aufnahmen gemeldet. In einigen Fällen hat das nicht geklappt, und es muß nachgeholfen werden. Die Jugendversammlung fand nach Schluß der Fortbildungsschule statt, sie nahm eine Entschliebung gegen die Stülpnagel-Schleicher-Jugendpolitik der Faschisierung und Militarisierung an und wendete sich gegen Arbeitsdienstpflicht und gegen den Leipart-Föhrmann-Schleicher-Kurs des DVV.

Diese Entschliebung wird mit einem Antrag auf Einbeziehung eines Jugendvertreters in die Ortsverwaltung des Verbandes als Antrag in die Generalversammlung eingebracht. Der Termin der

Der revolutionäre Gewerkschaftler Müller spricht

„Gewerkschaftskollegen! In der heutigen Jahresgeneralversammlung müssen wir Rechenschaft fordern von unserer Leitung und selbst Rechenschaft ablegen vor der gesamten Arbeiterklasse, sozusagen eine Bilanz ziehen. Und da muß man schon sagen, wir haben mit großem Verlust abgebrochen. Wir müssen heute die Frage stellen: Hat der Verband seine Pflicht erfüllt? Ich sage: Nein! Unteruchen wir, warum nicht? Entscheidend ist nicht, wieviel Briefe ein- und ausgegangen sind aus unserem Büro, sondern: Hat der Verband als seine Hauptaufgabe betrachtet, den Kampf zu organisieren und zu führen gegen jeden fremden Lohnabbau, gegen die Kapitalisten, gegen die faschistische Notverordnungsverwaltung, gegen jede Verschlechterung der Lebenssituation der Lohnarbeiter und Erwerbslosen? Daß es nicht gelungen ist, brauche ich nicht erst lange zu beweisen! Der Kollege Bremsmeyer als erster Bevollmächtigter und Angestellter zitierte die Aktientur aus der „Börsezeitung“ als Beweis für die angebliche neue Konjunktur. Ich werde nicht die Aktientur der Kapitalisten, sondern unsere Bilanz zitieren: Einmal meine Lohnstreifen von Oktober 1931 bis Oktober 1932, zum anderen eine Aufstellung der Sätze der Mü, Kr und Woh, und schließlich einige Zeitungsausschnitte, allerdings nicht aus der „Börsezeitung“, sondern aus dem hiesigen sozialdemokratischen Organ, in dem immer unsere Verbandsmittelungen abgedruckt werden.“

Nun, Kollegen, ihr werdet es selbst feststellen, wie der Lohn und die Unterhaltungen abgebaut wurden, angefangen bei Hermann Müller über Heinrich Brüning bis zu Papen-Schleicher und dem freiwillig vereinbarten Lohnabbau durch Tarifvertrag vom 3. Oktober. („Sehr richtig!“)

Daß dies möglich war trotz einer starken Gewerkschaft und des Kampfwillens der Kollegen, das ist die Bilanz reformistischer Verbandspolitik, des Stillhaltens und der Streikbrudpolitik, das ist der Bankrott reformistischer Verbandspolitik! Diese Tatsachen mit einigen Nebenarten abzutun, geht nicht mehr, und Hoffnungen auf einen neuen Übertritt — nun, Kollegen, so was zieht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Fromme Wünsche fürs neue Jahr auch nicht mehr, Kollege Bremsmeyer!

Wenn du es so schön nachplapperst, was im kapitalistischen Blätterwald geschrieben steht, von wegen dem „Tiefstand der Krise — Beginn einer neuen Wirtschaftsbewegung“ und so, so fehlt bloß noch, daß du hinzufügst: „Gebildet auch nur noch ein Weibchen, nehmt nur noch diesen einen Lohnabbau hin, und es wird dann schon besser sein.“

Kollege Bremsmeyer, du hast mit deinem Wort die Tatsache des Ablaufs des Tarifvertrages zum 31. d. M. erwähnt! Du hast nicht gesagt, was ihr getan habt und tun wollt, um einen neuen Lohnabbau zu verhindern, wir glauben nicht an einen „sozialen General“ und an „soziale Unternehmer“! Der Lohnabbau wird mit anderen Methoden fortgeführt werden. Schon haben sie uns die Margarine verteuert. Das ist auch Lohnabbau! Ein Protesttelegramm an Schleicher und Hindenburg. — Nun wißt ihr, mit so was macht man oben nicht viel Umstände!

Wir müssen Lohnherhöhung fordern, den geraubten Lohn zurückholen, das ist unsere erste Aufgabe, dazu müssen wir heute Stellung nehmen!

Wir haben jedenfalls in einer Betriebsversammlung bereits beschlossen, keinen Pfennig Lohnraub mehr zu dulden und ob mit eurer Zustimmung oder nicht, wir werden den Streik organisieren, gemeinsam mit allen Arbeitern, ob organisiert, ob RGO, oder unorganisiert, ob es euch paßt und ob ihr uns Putschisten nennt, ist uns gleichgültig.

Kollegen ich glaube, daß wir heute nur solche Kollegen in die Ortsverwaltungen und als Geschäftsführer wählen können, die sich klar und eindeutig entscheiden, ob sie gewillt sind, in der Einheitsfront der Arbeiter zu kämpfen, um bessere Lebensbedingungen und gegen die faschistische Diktatur, oder ob sie auf der anderen Seite der Barrikade mit den Kapitalisten und der Polizei gegen die kämpfenden Kollegen Stellung nehmen (lebhafte Zustimmung). „Was, nicht wahr?“ Bitte, hier liegt die „Bergwacht“ vom 5. Januar 1932. Hier steht wörtlich:

„Die Polizei bittet, ihr die Namen aller derjenigen mitzuteilen, die zum wilden Streik gehen.“

(Wui, unerhört.) Und auf der anderen Seite ruft dieselbe „Bergwacht“ den Staatsanwalt und Polizei zu Hilfe, damit die Unternehmer den notverordneten Lohnabbau mit Ruhe in ihre Taschen stecken können. Erklärt hier einmal Kollegen, ob ihr diese Taktik billigt? Ja oder nein, hier gibt es kein Herumdrehen! (Glade des Vorsitzenden: „Redezeit abgelaufen.“) (Zurufe: „Weiterprechen.“) Wir müssen Schluß machen mit einer solchen schändlichen Politik des Stillhaltens, Zolerierens, und der Organisation des Streikbruchs durch die Verbandsbürokratie. Für uns kann es kein Fortkommen geben mit Schleicher, Straffer, und den Kapitalisten. Für uns gibt es keine Unterordnung unserer Interessen unter die Inter-

Generalversammlung liegt fest. Eine Betriebsversammlung eines Betriebes, durch einen roten Betriebsrat organisiert, hat sich die Forderungen der Opposition zu eigen gemacht und beschloffen, soweit sie Verbandsmitglieder sind, reißlos an der Generalversammlung teilzunehmen und für die Anträge und Kandidaten der Opposition zu stimmen.

Die Generalversammlung steigt

Vorher tagte nochmal kurz die Fraktion. Die Genossen stellten fest, wer von den registrierten Kollegen und Genossen anwesend ist. Die Reformisten waren ebenfalls nicht untätig und schleppten heranz, was sie kriegen konnten. Trotzdem überwogen augenscheinlich die oppositionellen Elemente. Von 2000 Mitgliedern sind diesmal ausnahmsweise 160 bis 180 da. Es wird ein „Großkampftag“. Die Opposition sitzt an allen Tischen verteilt, mittenlang unter dem Reformisten.

Glade des Vorstandes — Protokollverlesung — Tagesordnung — Lote ehren. „Das Wort zum Geschäftsbericht hat der Kollege Bremsmeyer.“ Er räuspert sich (es riecht bedenklich nach Opposition) und hub zu reden an:

„Wirtschaftskrise — Notlage — Tiefstand der Krise erreicht — Tendenzen aufwärts — Trost Opfer gut gehalten — Gewerkschaften ein Damm gegen Chaos und Bürgerkrieg — Vorübergehend ausweichen müssen — bei besserer Konjunktur wieder kämpfen — jetzt: Wahnsinn Streik, Unternehmer Gefallen damit tun — Putschismus der RGO nicht mitmachen — nicht verantworten, vor Maschinengewehre jagen — (Zurufe: Streibreaker), Ruhe, jetzt sprech ich — nicht von Moskau vorhelfen — Friedenspflicht — Erfolge, Verhandlungen: statt 10 Prozent erreicht nur 2 Prozent Lohnabbau (lebhafter Widerspruch), Erfolg — Reichstag Notverordnung aufgehoben — Wirtschaftsausbau — Sozialisierung — Demokratie, Mitgliederbewegung — Lohnverhandlungen — (Zuruf: Verhandlungen) — Termine Arbeitsgericht — Brief-Ein- und -Ausgänge — Posten und Wünsche im neuen Jahr — Mitglieder werben — Treue um Treue — Deutschland ärmerer Sohn auch treuerer („Hup“) — Freiheit (Wellekles Echo einiger Reichsbannerkollegen: „Frei—heit—heit!“) — Diskussion nach dem Kasernenbericht. „Das Wort hat der Kollege Müller. Aber halte dich im Rahmen, 10 Minuten — na, sagen wir eine Viertelstunde Redezeit.“

essen des kapitalistischen Staates. Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaften Klassenkampforgane sein müssen, wie sie es früher einmal waren. Euer Verstecken von „Sozialisten“, „Demokratie“ usw., ist ein elendes Betrugsmanöver oder glaubt ihr, Kollegen, daß die Sozialisierung vom Reichstag beschlossen und von Schleicher, Krupp, J.G. Farben, Warming und Freiherrn v. Braun durchgeführt wird? Was hat Theodor Leipart, der Vorsitzende des DVV, mit Schleicher zu verhandeln und was hat er für Zugeständnisse gemacht? Alles Streiten und Absegnen hilft nichts. Wir fordern die Absetzung und den Ausschluß solcher Gewerkschaftsführer! Revolutionär gekündete Kollegen, die im Verdacht stehen, der RGO anzugehören, aber in der Tat bewiesen haben, daß sie den Kampf um die Interessen der Belegschaften — streikten, wurden von euch ausgeholfen, während dem die Generalversammlung und die RGO noch weiter „ehrbare Verbandskollegen“ sind und den Sozialismus schänden. Wir fordern die Wiederaufnahme der ausgeschloffenen Kollegen!

Was zum Teufel haben die Gewerkschaften den „freiwilligen Arbeitsdienst“ zu organisieren und zu unterstücken? Unsere Oberburekraten befinden sich hier in breiter Einheitsfront mit den Nazis und Faschisten, kein Wunder, wenn die Königsberger Nazizeitung hochtrabend feststellt, daß sich die „stille Einheitsfront der Sozialisten bildet“ und daß man gemeinsam mit den Gewerkschaften den Kampf gegen Moskau, die Volkswacht, führen muß. Ihr wollt noch leugnen, daß der DVV-Sekretär Furtwängler mit Nazi-Straffer verhandelt hat, genau so, wie der Nazi Röhmer mit dem Reichsbannermajor Meier? Diese Verhandlungen und die ganze Politik unserer Bürokraten, bedeuten nichts anderes, als die Einbeziehung der Gewerkschaften in die faschistische Front der Konterrevolution.

In unserem Verbandsstatut, Seite 3, steht zwar noch der Satz:

„Der Verband steht auf dem Boden des Klassenkampfes.“

Ich frage euch, wie sieht dieser „Klassenkampf“ aus? Ist es nicht ein Kampf, den ihr führt gegen die Arbeiter, gegen unsere eigenen Verbandskollegen gegen die RGO? Was bewies uns der Berliner Verkehrsstreik, 20000 Kollegen streikten gegen den Lohnraub und die Führer des Gewerkschaftsverbandes gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaftsführern, organisierten den Streikbruch und führten eine elende Hezbe auch hier in der „Volkswacht“ und „Bergwacht“ gegen die streikenden Kollegen. Das ist allerdings ein sonderbarer „Klassenkampf“, an dem die Schleicher, Krupp u. Co. ihre helle Freude haben.

Kollegen, ich glaube, das sind die wichtigsten Fragen, die auch heute hier zur Entscheidung stehen. Wir müssen einen Schlußfakt ziehen unter diese Politik. Die heutige Versammlung muß ein Schritt vorwärts sein, für die Bildung der roten Einheitsfront unter revolutionärer Führung, zum Kampf gegen jede Verschlechterung und Ausbeutung, für höheren Lohn und Kürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn, für die revolutionäre Machtentfaltung, für den Sozialismus, für die Diktatur des Proletariats! (Stürmischer Beifall.)

Die Anträge der Opposition wurden angenommen und oppositionelle Kollegen in die Ortsverwaltung einschließlich eines Jugendgenossen gewählt. Es wurde auf Antrag der Opposition beschlossen, die Angestelltenstelle auszuscheiden und zu den Bedingungen zu beschließen, die durch den Antrag der Opposition angenommen wurden.

Proletarische Solidarität

mit den

streikenden Bergarbeitern

Die tschechischen Arbeiter sammelten bereits zur Unterstützung der streikenden Köflinger Bergarbeiter

105 000 Kronen

Die österreichischen Arbeiter sammelten bereits zur Unterstützung der streikenden Grünbacher Bergarbeiter

5596 Schilling

Bergarbeiter Deutschlands, helft auch ihr euren streikenden Kameraden. Sammelt sofort auf allen Gruben und in allen Versammlungen Geld zu ihrer Unterstützung.

A Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Breslau u. Umgebung

Zentrum Albert Gutsche, Reuschestr. 32-33 bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfs - Artikeln Zweigstellen: 0188 1. Grabacher Straße 19-21 2. Moltkestraße 14 3. Bohrauer Straße 43 4. Poststraße 7 Einkaufsquelle samtl. Werkstätten		9197 Edeka Brot Dr. J. J. J. Nur zu haben in Edeka-Geschäften		Zentrum Blumen zu jeder Gelegenheit Friedrich Janke, Poststraße 6 30278 Allerbilligste Bezugsquelle für Stoffanzüge u. Arbeiterbekleidung Siegfried Bauer, Neumarkt 9 Herrenkleiderfabrik 30272 Die billigste Einkaufsquelle für das arbeitende Volk ist die Firma Rabio-Schau, Oberste. Ede Ring 30276		Lokale Verkehrslokal der Arbeiterschaft im Kipke-Ausschank Gertrudenstraße 15 9048 30275 Treff aller Werktätigen bei Fritz Nippe Gastwirtschaft „Langes Holz“ Kupferschmiedestraße 54 Südost Reserviert 43 Ost M. Zadek Sprituosen und Kurz-, Weiß- und Wollwaren billigt bei Herren- u. Damen- Wäsche Hannach Vorwerkstr. 63 Ecke Grünstraße 9870 Josef Thomas, Inhaber J. Heilig Edeka-Geschäft 9865 Kolonialwaren, Mauciusplatz 2 Fischhaus Max Höse Klosterstraße 45 9814 empfiehlt sich bestens		Süd Achtung Hausfrauen! 9377 Kauft Eure Lebensmittel in der Lebensmittel-Zentrale Neudorstr. 25, Ecke Sadowastr. zu den enorm niedrigen Preisen Mollerei und Milchgroßhandlung Christoph Hümmel, Lehmg. Udenstr. 5 9744 Ruf Tellen Radio Schallplatten Hörsenstraße 71 Telefon 31666 30154 Hartlieb Bäckerei Franz Fleischerei Heinz Hartliebstraße 22 9639 Hartliebstraße 21 9640 Lebensmittel bei Consumwarenhaus Selger Fritz Riedel Hartliebstr. 17 9637 Hartliebstraße 16 Filiale: 9641 Herschelstraße 19 Kolonialwaren Fleisch- und Wurstwaren Fritz Schimmel Karl Jaskulla Hartliebstraße 20 Hartliebstraße 13 Brodt- und Feinbäckerei Joseph Keller 9643 Hartliebstraße Nr. 18 Sirehlen Schöne und Reparaturen nur bei Paul Heisler Steinweg 9845	
Stoff-Schuffan Herren- und Damenstoffe bekannt billig, reell 9283 Herrenstraße Nr. 28 Lebensmittelhaus Alfred Koller Narrogasse 4-5 9281 Möbel jeder Art Gebr. Milde Neumarkt 9 9278 Leder nur von A. M. Remak Kupferschmiedestraße 37 9104 Damenmäntel, Mädchenmäntel Kleider, Biusen 9374 Erich Krebs, Am Rathaus 16/17, I. Ring, Goldarbeiterseite Achtung! 30221 Händler und Wiederverkäufer kaufen Trikotagen, Strümpfe, Woll- und Kurzwaren am besten bei Martin Israel, Karlstraße 36		Radio Reim stets der Allerbilligste An der Hauptpost Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917 Wirtschaftswaren am billigsten Kauflhaus am Dom Adalbertstraße 20 9868 Theodor Buchali Zwingerplatz 2 und Filialen Vogelfutter Vogelkäfige Käfig-Utensilien 30018 H. Fleisch- und Wurstwaren bei Larisch, Neue Sandstr. 13 Sonntags und abends geöffnet 9748 Trinkt Nischke- Crem 30216 Milch- und Molkerei-Produkte Huges Schindler Oderstraße 11-19 9743		Witz rechnet. Tietz kann sich mehr leisten Tietz, das bekannte Haus in der Obliener Straße 9519 Zigarren - Spezialgeschäft Georg Gorille Sandstraße 13 9186 Billige Möbel Große Auswahl Martha Schmidt, Nikolaistraße 54-55 Teilzahlung gestattet! 9387 Lederjacken von Mk. 19.- an in Anlehnung nur Mk. 6.- Gebr. Tiedler Gartenstraße 37 u. Alte Taschenstr. 30151 Beerdigungs-Institut Heinrich, Klosterstraße 28 Reichhaltiges Lager Niedrigste Preise Bestattungs-Versicherung Fernruf Nr. 572 98 30279 G. Schrenk, Ring 59 Billigste und beste Damenhüte 30280		Reserviert G. P. 9375 Kauf Schwarzwalder Uhren Preis 2,30 Mark Schwarzwalder Uhren-Vertrieb Lehmgrubenstraße 9 30149 Damenstaschen Reisekoffer - Lederjacken extra billig bei 30219 Neiken, Reuschestr. 8-9 Ecke Büttnerstraße Händler erhalten Extra-Preise Brauerei-Ausschank „Zur goldenen Marie“ Frühstückstube Breitestraße 39, Telefon 57185 9628 Rittermarkthalle Gartenmarkthalle Rind- und Schweineschlächterei E. Heide Ernst Troke Rittermarkthalle Stand 26/27 30150 Stand 252-258 30351 Nord Besucht die beliebten Oder-Lichtspiele Felsstraße 53-55 9376 Die billigsten Eintrittspreise Die besten Tonfilm-Programme West Besucht das Zentral- Theater 9512 Westendstraße 50-52 Gotthard Vökel Gute Berufskleidung u. Wäsche Friedrich-Wilhelm-Straße 51 Albrechtstraße 56 30220 Vogelfutter nur bei Ritter Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str. 9190 Paul Pusch, Friedr.-Wilh.-Str. 108 Feinkost- und Molkereiprodukte Sämtliche Kolonialwaren 9191 Bäckerei und Konditorei Paul Moczek Leuthenstraße 68 9194 Oskar Laqua Kolonialwaren 9193 Anderssenstraße 31 Kauft beim selbstständigen Kleinhändler! 9196 Kolonialwaren H. & J. Lutz Anderssenstraße 2 Leuthenstraße 52 9192 Paul Gebauer Kolonialwaren u. Lebensmittel Posener Straße 27 und Frankfurter Straße 31 9189 9386 Molkerei-Produkte Marie Hög, Centnerstraße 64 Fil. Schwartzstr. 13 u. Nikolaiplatz 2 9388 Fahrräder, Motorräder Reparatur-Werkstatt Walter Kunze, Hildebrandstr. 17-19 Kauft beim Insistenten! 9382 Paul Frühauf Kolonialwaren Bergstraße 24 9381 Kolonialwaren Obst u. Gemüse Karl Heilmann Pöpelwitzstr. 26 Tel. 568 22 9383 Die billigsten und besten Lebensmittel bei Egon Krans Schweitzerstr. 9 9384		Palast-Theater Dienstags u. Freitag: Programmwechsel! Stets die neuesten Tonfilme 9841 Capitol-Lichtspiele bringt nur erstklassige Tonfilme 30001 9730 Zieh' Schuhe an von Dannemann Reserviert 9733 Friseur-Geschäft Conrad Fink Breslauer Straße 17 9732 Koche brate und backe nur mit Gas! Stadt. Gaswerke Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei 9843 Max Schapke, Ring 54 Brieg Kauflhaus „Merkur“ Langestraße 12 Alles für d. Dame und das Kind! 9857 Das Verkehrslokal aller Werktätigen Lokal „Zum Oderstrand“ 9651 M. H. I. d. a. m. Reserviert 9653 Beerdigungs-Institut 9652 Rich. Gottschlich, Burgstr. 17 Schlesische Mühlenwerke A.-G. Hervorragende gute Weizen- u. Roggenmehle Spezialität: Auszugsmehl „Schneeflocke“ erhältlich 30274 in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“ Breslau-Rosenthal Rosenthaler Mühlenwerke Friseur Karl Thiel Aktiengesellschaft Breslau-Rosenthal Garben-, Reis-, Buchweizen-, Hirse-, Hafer-Fabrikate 30148 Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren Hermann Kühn Edeka-Geschäft 30153 Gartenstraße Nr. 2 Milch- und Molkereiprodukte Kolonial- und Backwaren Obst und Gemüse, bei Alice Vökel, Trachenberger Str. 87 30143 Rosenthal-Metropol Jeden Sonntag großer Tanz Großer Saal zu Vereinsfestlich keiten Paul Kunert 30145	
Nord P. Pohl Schokoladen - Kakao Zuckerwarenfabrik Filialen in allen Stadtteilen 9743 Eise Klotzel Elektrische Werkstätten Niederstraße 4-6 Telefon 40987 30019 Selbstgefertigte Möbel, Moderne Küchen Einzel-Möbel 9380 Tischlermeister G. Strauß Breslau, Michaelisstraße Nr. 20 Elektro-Wäscherei Oderfor Seitengasse 1-3 - Ruf 444 44 9522 Wollen Sie Ihre Schuhe schonen? Dann lassen Sie nur handbesohlen! in der Hand-Besohler 9515 P. Prützmann Gneisenau- straße 19 Kohlenhandlung Em. Franke Schieberstraße 4 Telefon 40353 9517 Damen- und Herrenreiser E. Pech, Oelsnerstr. 22 Spezialität: 9963 Daarwollen, Wasserwollen, Baggarbes Feine Fleisch- und Wurstwaren bei W. Michalek, Gaderstr. 20 30277 Lebensmittel, Obst und Gemüse bei Fritz Regahl, Weinstr. 10 9378 Fisch-Aberte Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Kurt Kynast Weißburger Straße 10 30015 Leder Lebensmittel und Schuhbedarf Molkereiprodukte bei H. Heinrich Gneisenaustr. 5 30152 Kreuzburger Str. 2 30217 Felix Jacob, Gellhornstr. 39 empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren zu niedrigsten Preisen Fürstenstraße 2, Ecke Brigittenal Leuthenstr. 49 Matthiasstr. 126 30016		West Kreit der Werktätigen bei Thaler nummer 36 30279 Werkzeuge, kauf Kolonialwaren, Obst Gemüse bei Gedwig Kühnel Westendstraße 33 9544 Schmelz ist und 9385 bleibt billig! Friedrich-Wilhelm-Str. 25 Besucht das Herrenreiser-Geschäft Erich Gude, Bärenstr. 22 im Hause des 9543 „Liegnitzer Brauerei-Ausschank“ Bäckerei und Konditorei Paul Mandel, Alsenstraße 11 9745 Wild, Geflügel, Obst u. Süßfrüchte A. Gabel, Friedr.-Wilh.-Str. 61 Telefon 34976 30352 Gartenhalle Stand Nr. 178-179 Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Adolf Warkuß Alsenstraße 68 30156 Frieda Dräger, Molkereiprodukte Friedrich-Wilhelm-Straße 61 9389 Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Fritz Pauke, Hildebrandstr. 28 9919 Fischgeschäft Friedrich Pflüger 9195 Leuthenstraße 27 Emanuel Ksoll Molkerei Breslau 6, Alsenstraße 21 9735 Kolonialwaren Alfred Köpcke, Bestenstr. 56 30271 Lebensmittelhaus 9282 Heinrich & Co. Frankfurter Str. 154		Flischererei und Wurstfabrik Paul Berndt / Weißburger Straße 4 [9099] Kolonialwaren, Spirituosen Helmut Titze, Nautilus Trebnitzer Straße 52 9187 A. Kallinich 9100 St. Vincenz-Drogerie Rosenthaler Straße 43 - Ruf 41657 Paul Herrmann Bäckerei und Konditorei Trebnitzer Straße 64 9101 Geid auf Pfänder jeder Art Lehmann Grundmann Trebnitzer Str. 21 Jedwacht Beliebigkeit 9102 Kolonialwaren bei Joh. Lubinsky Matthiasstr. 89 9918 Möbel aus eigener Werkstatt Erich Sentleben, Kreuzstraße 40 9626 Brodt-, Weiß- u. Kolonialwaren Feinbäckerei bei R. Otto Karl Cocenz Adolfstraße 9 9627 Blücherstraße 21 9647 Schuh-Reparatur-Betrieb Engel Kreuzburger Straße 1, Ecke Matthiasstr. 9521 Eder-Kaufhaus 30158 kauft man am billigsten bei Karl Klonka, Matthesstraße 30 Milch- und Molkereiprodukte bei F. Hoffmann, Paulinestr. 8 und Hammersl. 32 30017 Kolonialwaren Erich Weber Cebusbaum 48 30269 Arbeitsstube Fritz Bauch Leder- und Leder- Anschütz Fritz Bauch Gneisenauplatz 3 30273					